



Wochenzeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Schuldenfalle für Schulgemeinden im Aufbau

zf. Goldman Sachs bietet ein neues Borsenprodukt an: «social impact bonds», mit denen frei flottierende Gelder von Grossbanken und anderen Finanzkörpern in den irdischen Niederungen der krisengeplagten Welt im Sozialbereich investiert werden können. Dank grossem Reichtum bei den einen gibt es jetzt nach 20 Jahren Globalisierungs-Euphorie auf einmal «Philanthropie» für die anderen. Aber nicht etwa christliche Nächstenliebe oder sonst so etwas modern-Verpönte. Nein, handfeste «Philanthropie», wie sie in «Faces of America» für Schweizer Zuhörer am 30. Juli 2012 im Radio DRS vorgestellt wurde: Die sozialen Bereiche können sich kaufen lassen. Das Geld steht bereit. «Social impact bonds have potential upside for investors», sagt New Yorks Mayor, Michael R. Bloomberg. «But citizens and taxpayers stand to be the biggest beneficiaries», fügt er bei und tönt ganz begeistert. (Übersetzung: «Social Impact Bonds bieten grosse Chancen für Investoren. Aber Bürger und Steuerzahler werden die grössten Nutzniesser sein.») Das aus den Völkern der Welt herausgequetschte Geld wird also nicht den Ländern und Staaten zurückgegeben (zum Beispiel, um alle Staatsschulden zu tilgen), sondern es kommt direkt in die sozialen Bereiche: In den USA werden als Musterprojekte Jugendgefängnisse und Privatschulen vorgestellt; die Sache ist aber ausbaufähig.

In der Schweiz zum Beispiel braucht es dazu nur einen Beschluss einer Schulgemeinde und ihre Unterschrift unter einen Vertrag, mit dem die Schüler der Gemeinde als Rohmaterial verkauft oder verdingt werden und die Verpflichtung zur ewigen Zinszahlung übernommen wird.

Der geschäftstüchtige «Anschieber» ist ein Herr Fratton mit Firma «Haus des Lernens» in Romanshorn. Da Herr Fratton fast wortgleiche Äusserungen zur Schule macht wie Gabriel Cohn-Bendit, der Bruder von Daniel Cohn-Bendit, kann er wohl als deren jüngerer Bruder bezeichnet werden. Seine Frau ist

Innenarchitektin, die auf Wunsch nicht nur neue Anlagen für 30–50 Millionen Franken erstellt und – elektronisch verkabelt – chice Grossraumbüros mit tiefenökologischen Topfpflanzen zur Erholung der Seele einrichtet. Sie höhlt auch bestehende Schulhäuser aus und macht daraus die modernste Computergruft. Im Angebot: 1. «Lernlandschaften» 2. Time-out-Schulen (für die speziell Triebgestörten, die keinen bürgerlichen Überbau mehr vertragen und auf diesem Wege «befreit» werden müssen). 3. «Mosaikschule» für Einheiten, die eine ethnische, religiöse, IQ-sortierte oder sonstige Aufteilung innerhalb des Gesamtkomplexes haben wollen.

Lehrer? Braucht es nicht mehr. Nach Marcuse geht die Befreiung nur über «selbstentdeckendes Lernen». Und nicht zu vergessen: über die Schuldenfalle und den Verkauf unserer Kinder an das Grosskapital. Statt Lehrer gibt es einen Barman an der Computer-Bar, der den elektronischen Anschluss-Service erstellt. Wollen Sie als Bürger einer Schwei-

zer Gemeinde in diese Falle laufen? Schauen Sie sich die laufenden Darlegungen in Wirtschaftszeitungen genau an. Sie versprechen, die Kinder auf dem schnellstmöglichen und effizientesten Weg zu Akteuren einer amerikanisierten Weltwirtschaft zu präparieren. Das Leben? Nur eine «Performance» für das Imperium! Take it or leave it. Grossbritannien und Australien seien zurzeit dabei, die Sache auszuprobieren. Goldman Sachs überwacht die Projekte und gibt das Okay für die Welt der Investoren («Herald Tribune» vom 3. August 2012, Seite 18).

Vor diesem Start auf den Bildungs-Mars muss für Demokratien – die Schweizer Form im besonderen – einiges Grundsätzliche überlegt werden. Unsere Volksschule gehört zur Grundlage für die Demokratie. Sie wurde während der Regeneration nach 1830 erkämpft. Gleiches Recht auf Schulbildung:

Für Land und Stadt
Für Arme und Reiche
Für Mädchen und Buben

«Wir sind heute sehr, sehr gute Freunde»

«Wir hatten gewöhnlich einen grossartigen Wettbewerb zwischen den beiden Institutionen [OECD und Europäischer Kommission], der darin bestand, dass sie auf Forschung basierten, wir basierten auf der Politik. Und wir brauchten das. Sie brauchten den Aspekt der Politik, um europäisches Bewusstsein zu mobilisieren... Es lag in ihrem Interesse, mit uns zu arbeiten... Wir hatten einige Differenzen, aber wir arbeiten immer enger zusammen, wir sind heute sehr, sehr gute Freunde, es gibt keine Konflikte.»

«Europa repräsentiert heute einen wesentlichen Teil der OECD-Welt»

«Es ist jedoch wichtig zu erkennen, dass die Europäische Union sowohl Agens als auch Leitungskanal der Europäisierung ist; sie ist ein Akteur in einem neuen Politikbereich, der auch von anderen internationalen Organisationen und Agenturen bevölkert wird. Tatsächlich ist einer der mächtigsten unter den institutionellen Akteuren bei der Dynamik der Europäisierung nicht eine europäische Agentur, sondern eine globale: die OECD. Seit Daten für die Regierungsführung entscheidend geworden sind, hat die zunehmende Fachkenntnis und der politische Einfluss der OECD ihr Verhältnis zur Europäischen Kommission verändert.»

Interview mit einem Mitarbeiter der Europäischen Kommission, Juni 2009

Zit. in: Martin Law und Sotiria Grek. Europeanizing Education: governing a new policy space. Southampton, 2012. S. 117f. (Übersetzung Zeit-Fragen)

Die Jahrgänge unserer Kinder in den Gemeinden bilden eine zusammenwachsende Lern- und Lebensgemeinschaft über soziale Schranken hinweg, über Sprach- und Religionsunterschiede hinweg. Bis zur Mittelstufe muss dieses Bewusstsein für die gemeinsame Aufgabe im direktdemokratischen Staat gelegt sein, sagt der Tessiner Staatskundler Ratti. Alles andere baut nachher darauf auf. Das Bonum commune auch in der nächsten Generation zu schützen und zu gestalten und der jetzt heranwachsenden Schülergeneration die Voraussetzungen dazu zu geben, das erfordert ein Nachdenken unter uns Erwachsenen, das über amerikanische Börsen-Euphorie hinausgeht. Es muss auch ein Parteien-übergreifendes Nachdenken werden – nur so lässt sich Demokratie erhalten und der Schritt in einen neuen Finanzfaschismus vermeiden.

Im übrigen hat das Bundesgericht mit Urteil vom 31. Mai 2012 die Rechte der Persönlichkeit wieder gestärkt und Google verboten, Gesichter und Autnummern von Bürgern auf den grossen Datensammlern der Amerikaner zu speichern.

Was bedeutete das für die Schule? Informatiker machen seit längerem darauf aufmerksam, dass die neue Technik das Installieren von visuellen und akustischen Spionen auf privaten Geräten ermöglicht, ohne dass der Besitzer das weiss. Das wird selbstverständlich auch in den Geräten aller «Lernlandschaften», «Mosaikschulen» und «Time-out-Schulen» der Fall sein: Gratis begriffen in der Schuldenfalle und Zinsverpflichtung! Wenn dieses Google-Urteil für die Erwachsenen gilt, dann gilt erhöhter Daten- und Persönlichkeitschutz für unsere schutzbefohlenen Kinder.

Der Versuch, die Schweiz zu kaufen, läuft auf vielen Ebenen. Die «Interreg-Agenten» sind hoch aktiv und halten sich bedeckt. Die Abwehr nimmt starke Kräfte in Anspruch. Der Versuch, unsere Kinder zu kaufen und als Rohstoff an der Börse zu handeln, outet die Promotoren. Die muss man sich gut merken. Jeden!•

OECD-Reformen, Durchsetzungsstrategien und Umsetzung

rh. Die OECD will die Bildungssysteme ihrer Mitgliedstaaten verändern. Dazu empfiehlt sie den Staaten seit 10 Jahren Reformen. Das angestrebte Ziel heisst «Innovative Learning Environments» (innovative Lernumgebungen) und die Begründung ist rein ökonomisch. Es sollen Höchstleistungen für die «21st century competences», die man für die neue «knowledge-based economy» (wissensbasierte Wirtschaft) brauche, bewirkt werden. Traditionelle Lernformen seien dafür ungeeignet. Vier Grundprinzipien müssten statt dessen beachtet werden:

- Lernergebnisse müssen ständig gemessen werden (PISA),
- Informationstechnologien (ICT) sollen das Lernen revolutionieren, dazu sind hohe Investitionen in «digitale Ressourcen» nötig,
- Lernen und lehren soll mit neuen Methoden verknüpft werden,
- Schulen müssen die Ergebnisse der Forschung mehr umsetzen.

Quelle: Executive Summary zu «The Nature of Learning-Using research to inspire practice», Centre for Educational Research and Innovation, OECD 2010, S. 13

Reformziele

Die Reformziele, die die OECD (angeblich) aus den PISA-Ergebnissen («best practice models» – beste Praxisvorbilder) abgeleitet hat und seit Jahren ihren Mitgliedstaaten vorschlägt, sind folgende (dabei steht die Ablehnung des gegliederten Schulwesens im

Zentrum, die die OECD mit «exclusion» – Ausschluss gleichsetzt):

- Gleichheit, sozial und geschlechtlich. Dazu brauche es
- integrative oder kooperative Schulstrukturen, d.h. Umwandlung der «selektiven», gegliederten Schulsysteme in integrative.
- Einheitliche Qualitätsstandards für die Bildung, die ständig gemessen werden müssen.
- Spezielle Lehrerfortbildungen, da das integrative Unterrichten die Lehrer zwingt, jedes Kind individualisiert zu unterrichten.
- Schulautonomie verbessere das System, indem die Verantwortung weg vom Staat auf die einzelne Schule, lokale Behörden übertragen wird. Das erlaube der einzelnen Schule, die Inhalte, das Budget und die Zulassung von Schülern(!) selbst zu bestimmen.
- Forschung und Statistik müssten vorangetrieben werden, damit man immer eine breite Datenbasis zur Verfügung habe.

Durchsetzungsstrategie: Druck erzeugen

Durch die ständige Durchführung internationaler Vergleichsmessungen von Schulleistungen und Veröffentlichung der Ergebnisse (PISA) übt die OECD Druck («soft power») auf die Nationalstaaten aus. Regierungen der Nationalstaaten kamen durch ihren Rang auf der «Ergebnisliste» unter Druck, ihr Bildungswesen zu verändern, und richteten sich dabei nach von der OECD empfohlenen Mo-

dellen. Es entstand ein Konformitätsdruck und Legitimationszwang, falls man z.B. nicht mitmachen oder abweichen wollte und das führte dazu, dass die Länder die von der OECD empfohlenen Modelle kopierten. Das Ergebnis war eine eigentliche Gleichschaltung der beteiligten Nationalstaaten bezüglich ihres Bildungswesens.

Umsetzung – Vergleich Schweiz und USA

Bei diesem Vergleich fällt eine Merkwürdigkeit auf: Während die Schweiz viele der Reformvorschläge umsetzte, begleitet von einem riesigen Medienzirkus – obwohl das Land sehr gute Ergebnisse bei PISA hatte – kümmerte sich in den USA, die bei allen drei PISA-Erhebungen äusserst schlecht ab-

geschnitten hatten, niemand um PISA. Die Medien schwiegen, und es gab keinerlei Reformbemühungen. Der Grund dafür: In den USA-Schulen ist schon alles so, wie es die OECD den Europäern empfiehlt!

Quelle: Tonia Bieber und Kerstin Martens: The OECD PISA Study as a Soft Power in Education? Lessons from Switzerland and the US, in: European Journal of Education, Vo. 46, No.1, 2011, Part I

Schlussfolgerung

1981 prangerte die «National Commission on Excellence in Education» in ihrem Bericht «A Nation at Risk» das schlechte amerikanische Bildungswesen an und stellte fest:

«[...] if such a system had been foisted on the nation by a foreign power, it would be considered an act of war.» (Zitiert nach Langer, Roman, S. 54; genauere Literaturangabe siehe Seite 4.) •

Ein informelles Empire, dessen Kraftfeld aber allein in Washington liegt

Der amerikanische Professor für Geschichte, Technologie und Gesellschaft am Georgia Institute of Technology verweist in seiner Studie über «Amerikanische Hegemonie und der Wiederaufbau der Wissenschaft in Europa nach dem Krieg» auf einen grundlegenden Faktor in der Aussenpolitik der USA gegenüber Europa: Es ging um die Bildung eines hegemonialen Regimes neuer Prägung: um ein informelles Empire, das auf Einwilligung basiert und in «Koproduktion» entsteht, dessen Kraftfeld aber allein in Washington liegt. Dazu brauchte es «nicht nur die aktive Kollaboration nationaler Eliten, welche die wirtschaftlichen,

politischen und ideologischen Ambitionen der Vereinigten Staaten teilten – und die über genügend Legitimität und Macht verfügten, um denjenigen, die anders dachten, ihre Vorstellung des Weges, den Europa gehen sollte, aufzuzwingen; es erforderte auch die subtile Umgestaltung der europäischen Identität, eine schrittweise Einpflanzung amerikanischer Normen und Methoden».

John Krige. American Hegemony and the Postwar Reconstruction of Science in Europe, The MIT Press, Cambridge 2006, S. 255, (Übersetzung Zeit-Fragen)

Interreg IV – Die EU-Regionalpolitik und die Schweiz

Haben wir der Bundesregierung zu wenig auf die Finger geschaut?

mw.km.thk. 8,7 Milliarden Euro gibt die EU in den Jahren 2007 bis 2013 für ein Programm aus, mit dem grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Projekte unterstützt werden sollen. Das EU-Programm nennt sich *Interreg IV*. Ihm waren seit 1990 drei Vorgängerprogramme vorausgegangen. *Interreg IV* dient dem Ziel, die Nationalstaaten aufzulösen. Ursprünglich entspringt das Konzept «Europa der Regionen» einer grünen Ideologie.¹ Auf entsprechenden Karten existiert die Schweiz nicht mehr als Staat, sondern nach Sprachgebieten aufgeteilt und an Frankreich, Italien und vor allem Deutschland angeschlossen.

Die Schweiz ist in die *Interreg IV*-Programme der EU voll eingebunden. Dazu heisst es offiziell: «In der Schweiz wird *Interreg IV* seit dem 1. Januar 2008 im Rahmen der Neuen Regionalpolitik (NRP) weitergeführt.»²

Interreg IV hat 3 Programmebenen:

«Die *Interreg*-Initiative ist um so bedeutender, weil sie etwas völlig Neues einführt: die transnationale «Governance». Eine neue Form der politischen Steuerung, die ahnen lässt, wie eine europäische Politik aussehen könnte, die tatsächlich über die traditionellen Grenzen hinausgeht.»

Michel Barnier, damals (von 1999–2004) EU-Kommissar für Regionalpolitik und institutionelle Reformen (seit 2010 erneut EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen). In: Europäische Kommission. Die Politiken der Gemeinschaft und die Berggebiete. Konferenzbeiträge. Brüssel, 17.–18. Oktober 2002. S. 46

1. Die Zusammenarbeit von benachbarten Grenzregionen (die Schweiz beteiligt sich hier unter anderem an den Programmen für «Interreg Oberrhein» sowie für «Interreg Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein».
2. Die staatenübergreifende Zusammenarbeit «innerhalb grösserer zusammenhängender Räume» (die Schweiz beteiligt sich zusammen mit Deutschland, Frankreich, Italien, Slowenien, Österreich und Liechtenstein am

- Projekt «Alpenraum» sowie zusammen mit Deutschland, Belgien, Frankreich, Irland, Luxemburg, Niederlande und Grossbritannien am Projekt «Nordwesteuropa»).
3. Die interregionale Zusammenarbeit zwischen nicht benachbarten Regionen. Die Schweiz beteiligt sich an allen drei Programmen.³ Die rechtliche Grundlage bildet das Bundesgesetz über Regionalpolitik vom 6. Oktober 2006.⁴

Erstes Beispiel: Regio Bodensee

Das offizielle *Interreg*-Programm der EU für «Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein» umfasst 108 Seiten.⁵ Zur *Regio Bodensee* gehören die nicht zur EU gehörenden Schweizer Kantone Aargau, Schaffhausen, Zürich, Thurgau, St. Gallen, Appenzell-Ausser Rhoden, Appenzell-Innerrhoden, Glarus und Graubünden. Die Schweizer Kantone am Bodensee haben seit jeher mit den Nachbarländern zusammengearbeitet, *bislang aber immer unter Achtung der nationalen Souveränität*. Im EU-Programm heisst es nun allerdings: Als «grosse Schwäche und als Entwicklungshindernisse» würden «die trennenden Staatsgrenzen empfunden». Mit dem EU-Programm solle «ein nachhaltiger Beitrag zur Überwindung der Grenzen in der Region geleistet werden». Weiter heisst es: «Das Programm zielt auf den Aus- und Aufbau von Netzwerken in den verschiedensten Bereichen ab» und sei als «wichtiger Schritt zum gemeinsamen Europa» vorgesehen. Die EU stellt für Projekte des Programms 23,7 Millionen Euro zur Verfügung, hinzu kommen Schweizer *Interreg*-Fördermittel.

Phantasiegebilde «Bildungsraum Bodensee»

Das *Interreg*-Programm für die *Regio Bodensee* will unter anderem den *Bildungsraum Bodensee* unter Missachtung der Bildungshoheit der Kantone und Bundesländer umkrempeln. Die EU fördert laut Programm «Projekte, die einen Beitrag zur Förderung des Humankapitals im Hinblick auf das Entstehen einer Wissensgesellschaft leisten». Vorhandene Strukturen sollen «noch besser als bislang auch grenzüberschreitend genutzt werden». Dies gelte «insbesondere für den Bereich der Aus- und Weiterbildung». *Die EU strebt einen «Bildungsraum Bodensee» an*. Seit 2010 fördern *Interreg IV* und die EU gemeinsam mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 10 Schweizer Kantonen und dem Bundesland Vorarlberg das Forschungsprojekt «Schule alpin», mit dem unmittelbar in die Schulstrukturen und das Unterrichtsgeschehen eingegriffen werden soll.

Alles ohne Legitimation

Zur Durchführung der gesamten *Interreg*-Programme in der *Regio Bodensee* wurde ein riesiger Apparat aufgebaut mit Verwaltungsbehörde, Bescheinigungsbehörde, technischem Sekretariat, verschiedenen Netzwerkstellen, Prüfbehörde, Begleitausschuss, Lenkungsausschuss, Begleitung und Monitoring usw. In allen diesen «Organen» eines «Staates in Staaten» sitzen deutsche, österreichische, Liechtensteiner und Schweizer Amtsträger – für alle Länder ohne Mandat des jeweiligen Souveräns und allein auf der Grundlage von Verordnungen der Europäischen Union.

Zweites Beispiel: Die Schweizer Regio Basiliensis in der EU-Region Oberrhein

Das offizielle Programm der EU umfasst 100 Seiten.⁶ Das Gebiet der «Regio Basiliensis» erstreckt sich von der Nordschweiz bis in die Südpfalz. Zur «Regio Basiliensis» gehören die nicht zur EU gehörenden Schweizer Kantone Basel-Stadt, Basel-Land, Jura, Solothurn und auch hier der Kanton Aargau. Basel, im Dreiländereck Schweiz, Deutsch-

land, Frankreich gelegen, hat seit jeher mit den Nachbarländern zusammengearbeitet, auf freiwilliger Basis und unter Achtung der staatlichen Souveränität. Die EU stören aber nun auch hier die nationalen Grenzen. Rechtfertigend heisst es, für die EU «bilde[te]n die Grenzen am Oberrhein nach wie vor ein Hindernis bei der Ausschöpfung der Potentiale der regionalen Entwicklung».

Die Programme für die Schweizer Seite werden von einem Verein, dem «Verein Regio Basiliensis» realisiert. Der Verein hat 400 Einzelmitglieder und 200 Kollektivmitglieder. Der Verein koordiniert die «Zusammenarbeit» für *Interreg* und NRP über die Grenzen hinweg im Auftrag der beteiligten Nordschweizer Kantone. Mit der engen Verknüpfung von *Interreg* und NRP wird die Neue Regionalpolitik auf die Vorgaben der EU ausgerichtet. «NRP-Projekte» bekommen «eine Bundes- bzw. eine kantonale Förderung nur dann zugesprochen, [...] wenn die Projekte zum einen die Rahmenbedingungen des entsprechenden *Interreg*-Programms erfüllen und gleichzeitig auf die regionalpolitischen Ziele des Bundes bzw. der Kantone hinsteuern.»

Ziele der *Region Oberrhein* (mit der Schweizer *Region Basiliensis*) sind

- die gemeinsame Nutzung der ökonomischen Potentiale des Oberrheinraums;
- die Förderung des Oberrheinraums als integrierte Bildungs-, Arbeits- und Wohnregion;
- die nachhaltige Gestaltung der Entwicklung des Oberrheinraums.

«Dabei wird insbesondere auf den grenzüberschreitenden Mehrwert und den innovativen Charakter der geförderten Kooperationsprojekte Wert gelegt.»

Am Souverän vorbei

Welche Folgen eine «integrierte Bildungsregion» für die Schweiz haben wird, kann man sich vorstellen, wenn man die Bildungslandschaft in Baden-Württemberg nach dem Regierungswechsel zu Grün-Rot betrachtet. Es sollen flächendeckend «Gemeinschaftsschulen» eingeführt werden, was einer Zerstörung der Bildungslandschaft gleichkommt und langfristig auf die Zerstörung der Demokratie hinausläuft.

Der Verein *Regio Basiliensis* übernimmt am Souverän vorbei Hoheitsaufgaben des Bundes und der Kantone. «Die IKRB (*Regio Basiliensis*) erfüllt somit für die Kantone staatliche Funktionen im Sinne der «kleinen Aussenpolitik». Die Finanzierung der IKRB erfolgt durch die fünf Nordwestschweizer Kantone im Rahmen von mehrjährigen Subventionsverträgen.»

¹ Pierre Hillard, *La décomposition des nations Européennes de l'union euroatlantique à l'Etat mondial*, 2^e Edition, François-Xavier de Guibert, 2010; Pierre Hillard, *Les Verts, partisans d'une Europe des ethnies*

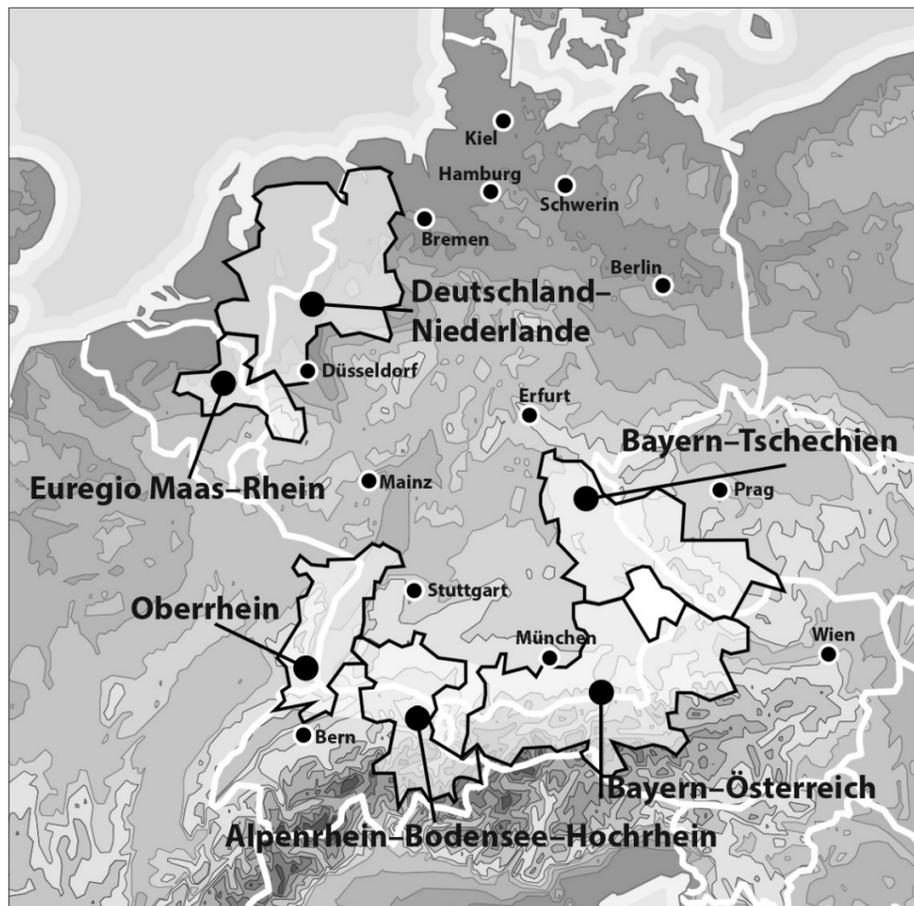
² <http://www.regiosuisse.ch/etz/interreg>

³ <http://www.regiosuisse.ch/etz/interreg>

⁴ <http://www.regiosuisse.ch/etz/interreg>

⁵ www.interreg.org (alle Zitate sind dem offiziellen EU-Programm entnommen)

⁶ www.interreg-oberrhein.eu/dokumente,10286.de.html (alle Zitate sind dem offiziellen EU-Programm entnommen)



Die Karte zeigt die Gebiete des EU-Programms INTERREG. Die nationalstaatlichen Grenzen werden ignoriert. (Grafik roho nach www.regiosuisse.ch/etz/interreg)

Welcher Hidden Agenda dienen Euro-regio Bodensee/Basiliensis/Genève?

zf. Der französische Historiker Pierre Hillard hat die Regionalisierungspolitik der Europäischen Union untersucht, welche «als Mittel zur Sprengung der Nationalstaaten» dient. Dazu Hillard wie folgt:

«Das Prinzip der Regionalisierung in Europa geht weit über eine simple Reorganisation des alten Kontinents hinaus. In Wirklichkeit geht es darum, den Regionen politische, wirtschaftliche und finanzielle Macht zu übergeben, damit sie direkt mit den Brüsseler Instanzen verhandeln können. Dieses Phänomen gründet auf dem Willen der deutschen Politik, der es gelungen ist, diese Massnahmen im Rahmen der europäischen Konstruktion einfließen zu lassen. Wie Prof. Dr. Rudolf Hrbek, Professor für Politikwissenschaft, in der Zeitschrift *Documents, Revue des questions allemandes* (Dokumente, Zeitschrift der deutschen Fragen) schreibt: «Der Ausgangspunkt dieser neuen Serie von Initiativen war die Resolution der Konferenz der Ministerpräsidenten im Oktober 1987 in München, wo ein Europa mit föderalen Strukturen als Ziel festgelegt wurde. Zwei Jahre später gründeten die Ministerpräsidenten der Länder eine Arbeitsgruppe ihrer Staatskanzleien und bestellten bei ihr einen Bericht über die Stellung der Länder und Regionen im Hinblick auf die zukünftigen Entwicklungen in der Europäischen Union.»

Alle diese Arbeiten sind durch die Regierung des Landes Niedersachsen 1996 voran-

getrieben worden. Damals – regiert von Ministerpräsident Gerhard Schröder – war der sozialdemokratische Abgeordnete des Landes Niedersachsen, Peter Rabe, der Initiator für die Ausarbeitung der Empfehlung 34 (1997) des «Kongresses der lokalen und regionalen Behörden Europas» [CPLRE: *Congrès des Pouvoirs locaux et régionaux d'Europe*]. Dieses Dokument ermöglicht eine politische Neugestaltung Europas. Das Prinzip selbst ist einfach. Es geht darum, den Regionen ein Maximum an Macht zu gewähren, so dass diese – zum Nachteil der Nationalstaaten – mehr und mehr direkt mit der Europäischen Union verhandeln. Mit diesem Vorgehen wird die Zwischeninstanz, im vorliegenden Fall die nationalen Behörden, völlig umgangen. Dieses Vorgehen verfolgt das Ziel, die Nationalstaaten zugunsten eines Europas der Regionen aufzulösen, genauer gesagt, eines Europas der Euroregionen. So werden territoriale Einheiten gebildet, in denen sich mehrere Regionen aus verschiedenen Staaten zusammenschliessen. Beispiele dafür sind die Euroregion Elsass/Baden oder Pyrenäen/Mittelmeer. Diese Politik führt zur Auflösung der europäischen Nationalstaaten.¹

¹ Pierre Hillard, *Transatlantische Machtkonzepte und die Angriffe auf die Schweiz, Regionalisierung als Mittel zur Sprengung der Nationalstaaten*, in: *Zeit-Fragen* Nr. 21, 25. Mai 2009.

«Für Gaby Cohn-Bendit ist die Schule «de la merde!»²⁷

«Gaby lässt die Stimme der Cohn-Bendits verlauten: «Ich gehöre nicht zu denen, die sagen, dass Lehrer grossartige Leute sind. Ich liebe mein Land nicht! Diese Schule, die Nationalismen schafft! Ich liebe die Schule nicht, weil sie nicht lebenswert ist! Man zahlt den Lehrern Prämien, damit sie in ZEP-Schulen unterrichten gehen. [Die ZEP (*zones d'éducation prioritaire*) sind soziale und schulische Problemquartiere.] Was das bedeutet! Höchstens 15% aller Lehrer widmen sich ihren Schülern...»²⁷

²⁷ Soubrouillard (Régis), «Pour Gaby Cohn-Bendit, l'école c'est de la merde! [Für Gaby Cohn-Bendit ist die Schule Scheisse!]» Marianne 2, 10. Januar 2010.

Quelle: Paul Ariès und Florence Leray: *Cohn-Bendit, l'imposture*. Paris 2010, Seite 46f., ISBN 978-2-35341-086-6

Schule und Bildung im Würgegriff von Machtpolitik

ab.ef.ev. OECD und EU «lieben sich» – mit gutem Grund – auf diesem Gebiet: nach amerikanischen Prämissen.

Je mehr man sich einliest in die heutigen Debatten um Schule und Bildung, desto klarer wird, dass kleinräumiges Denken fehl am Platze ist. Es kommt eine englischsprachige Literatur zum Vorschein, die im wesentlichen erst nach dem Kosovo-Krieg beginnt und nach *Lehman Brothers* 2008/9 so richtig Fahrt aufnimmt. Zumeist ist es jedoch keine Forschungsliteratur, sondern macht eher den Eindruck von beschreibender Begleitliteratur zu einem grossdimensionierten Implementierungs-Prozess in allen europäischen Ländern, Schweiz inklusive. Eines der auffallendsten Merkmale ist ein Bruch, ja jegliches Ignorieren von bisher durch die europäischen Länder und Sprachbereiche selber getragener Bildungsforschung und Verbesserungen der Schule, die am personalen Menschenbild orientiert waren. Einzelne der jungen Autoren

weigern sich gar, eine Übersetzung ihrer englischen Texte ins Deutsche zuzulassen!

Der Theorie- und Kulturbruch ist ähnlich radikal wie nach dem Zweiten Weltkrieg bei der Befreiungstheologie und der Gruppe um *Levinas*. Diese Gruppe junger Philosophen war aber so ehrlich, dass sie den Abbruch mit jeder europäischen Denktradition *offen erklärt* und *begründet* hat. Das tut die heutige junge Generation im Pädagogik-Begleit-Service nicht. *Tonia Bieber* zum Beispiel triumphiert in ihrem Paper, das sich mit der Implementierung in der Schweiz befasst, lediglich darüber, dass nicht einmal die wichtigsten Veto-Players, die Kantone nämlich, den zu erwartenden Widerstand geleistet haben und die OECD-EU-Massnahmen schneller eingepflanzt werden konnten als erwartet und eingingen wie flüssige Butter.¹

Wohlthuend ist es, im Ganzen drin einen Autor zu finden, der den Horizont erweitert und im Auge zu haben scheint, dass dieser

US-induzierte Top-Down-Prozess die europäischen Länder in ihrem demokratischen Gehalt schädigt. *Roman Langer*, Herausgeber von «Pisa – warum tun die das?», geht nicht erst nach der Jahrtausendwende an die Sache heran, sondern rollt den amerikanischen Auftrag zur Bildungsherrschaft über die europäischen Länder vom Sputnik-Schock her auf. Sie erinnern sich: Dass die Russen 1957 als erste eine Sonde auf eine Erdumlaufbahn schickten, das war für das westliche Selbstwertgefühl eine kaum zu ertragende narzisstische Kränkung. Doch statt dass die Amerikaner, die immerhin keine Trümmerstädte nach dem Zweiten Weltkrieg wiederaufbauen und mit schwerst geschwächter und dezimierter Bevölkerung zu Rande kommen mussten, statt dass sie *ihre* Schulen und Bildungsstätten seriös auf Vordermann gebracht hätten, gingen sie den umgekehrten Weg. Sie hätten mit einem vernünftigen Nach-vorne-Schreiten die Russen ja einholen und in einem

friedlichen Forschungs-Wettlauf die Welt um einiges verbessern können. Dazu hätte es aber einer Debatte über die Entwicklung und Stärkung der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes bedurft, zu der auch andere Länder und Kulturen und nicht zuletzt die *Unesco* vieles beizutragen gehabt hätten.

Statt dessen setzten sie auf die Karte der eigenen Machtentwicklung und beschlossen 1958 ein nationales Notfallprogramm, den «National Defense Education Act» (NDEA), der Schule und Bildung der utilitaristischen Auffassung unterordnete und damit den Interessen einer imperialen Herrschaft. Als 1961 die OECD gegründet wurde, ging dieser Auftrag auf diese Einflussinstanz über und peilte in erster Linie die Länder des westlichen Blocks an.

Offenbar wurden durch all diese Massnahmen weder Schule und Bildung besser noch der Wirtschaftsvorsprung grösser, so dass es

Fortsetzung auf Seite 4

Aus der Wundertüte der Bildungshändler Peter Frattons «Haus des Lernens»

ef. Das erste «Haus des Lernens» wurde 1980 von *Peter Fratton* als Privatschule in Romanshorn gegründet. Das heutige Unternehmen «SBW Haus des Lernens Holding Gruppe» – Fratton selbst ist 2006 ausgestiegen – versteht sich als «Schweizer Bildungsanbieter für Bildung im gesamten Ausbildungsbereich für Kinder und Jugendliche» mit Standorten in den Kantonen Thurgau, St. Gallen und Appenzell-Ausserrhodod. Die Schulen heissen: *International School, Primaria, Secundaria, Futura, Futura Beruf, Futura Studium, Futura Kunst, EuregioGymnasium, Neue Medien AG, Brückenangebot, Idea* (Entwicklungsabteilung). «International Schools» gibt

es in Regionen, «die mit zunehmender Globalisierung interessanter geworden sind für internationale Unternehmen und Arbeitgeber». SBW ist seit kurzem Veranstalter der *Entrepreneur of the Year Junior Academy*, u.a. in Zusammenarbeit mit dem Unternehmensberatungsbüro *Ernst & Young*.

Das «Haus des Lernens» hat folgendes Konzept:

- «Mutation [des Lehrers] zum Lernbegleiter»
- «Lernbegleiter» erfüllen «Urbitten» der Schüler: «Bringe mir nichts bei. Erkläre mir nicht. Erziehe mich nicht. Motiviere mich nicht.»

- «Paradigmenwechsel», d.h. «die gewohnten Denkbahnen [...] mal einfach irgendwie auf die Seite stellen und so tun, «als würden wir auf einem Feld alles einmal neu erfinden».
- «Auf vielfältigen Wegen, mit vielfältigen Menschen, an vielfältigen Orten, zu vielfältigsten Zeiten, mit vielfältigen Materialien, in vielfältigen Schritten und vielfältigen Ideen in vielfältigen Rhythmen zu gemeinsamen Zielen.» Statt: «Alle gleichaltrigen Schüler haben beim gleichen Lehrer, zum gleichen Zeitpunkt, im gleichen Zimmer, mit dem gleichen Lehrmittel das gleiche Ziel gleich gut zu erreichen».

- «Fraktale Führung», d.h. «Lernbegleiter» und «Lernpartner» (Schüler) sollen mit «autonomen Lernformen» (mittels *iPad* und *eduProfiler* zur «Lernspur») lernen.
- «Vertrauen ins Gelingen» («yes, we can!»)
- Aneignung von «Schlüsselqualifikationen»
- «Gestaltete Umgebung» («viel Zeit und Energie der Lernraumgestaltung»)
- Erwerb der Fähigkeit zum «lebenslangen Lernen»
- «Coaching», «kompetenzorientiertes Lernen», «individualisiertes Lernen»,
- «altersdurchmischte Unterrichtseinheiten».

(Alle Zitate und Begriffe entstammen Selbstdarstellungen der SBW und Vorträgen Peter Frattons.)

Lernlandschaften

tsp/hwi. *Selbstorganisiertes Lernen*, möglichst altersdurchmischte, findet in speziell eingerichteten Räumen mit kurzen, gezielten Inputs der Lernbegleiter statt. Jeder Schüler und jede Begleitperson sitzt an einem Arbeitsplatz. Rote oder grüne Ampeln zeigen den Schülern, wann sie die Lernbegleiter ansprechen können.

Ziel: das Wissen selbständig zu erarbeiten, um unabhängig zu werden.

Grundsätze

Unterricht in der Lernlandschaft hat zwei hauptsächliche Grundsätze:

1. Pädagogik: Lernlandschaft bedingt individualisierten Unterricht. Nach 10 minütigem Input durch den Lernbegleiter arbeiten die Schüler allein, mit vorgegebenem Material.
2. Infrastruktur: Schulzimmer müssen für die Lernlandschaft umgebaut werden. Durch Steckwände wird jeder Arbeitsplatz auf drei Seiten gegen die übrigen abgetrennt. Der Platz muss in Ordnung gehalten werden, gesprochen wird nur im Flüsterton, um die Konzentration zu fördern.

Ein für die Lernlandschaft umgebautes Schulzimmer eignet sich nicht mehr für den Klassenunterricht. Für Inputs braucht es zusätzliche Räume mit Wandtafeln, Projektoren und Beamern.

Neue Lernkultur erfordert eine neue Schulhaus-Architektur: eine feste Hülle mit einem flexiblen Raumprogramm: Wünschenswert sind Grossräume, in denen 60 bis 100 Schüler ihre Arbeitsplätze einrichten können. Aussenräume und Gänge sollen als Lernraum gedacht sein und eine wohliche Stimmung verbreiten. Ein Computernetz, das über Bodensteckdosen an jeder beliebigen Stelle angezapft werden kann, gehört zum Konzept.

In vielen Gemeinden laufen Anträge in Millionenhöhe für solche Spezialbauten.

Begründung

Die Kinder von heute könnten nicht mehr gemeinsam unterrichtet werden, da jeder Schüler sein eigenes Lerntempo und seine eigenen Interessen habe. Jeder soll selbst entscheiden, was, wann, wo und wieviel er lernen will. Schüler lernen in Gruppen und nicht mehr in Klassen: altersdurchmischtes Lernen.

Herkunft

Schulhausarchitektur in Kalifornien in den 60er Jahren: flexible Wände, um in kurzer Zeit Grossschulräume einzurichten. Offene Schulzimmer, damit jeder Schüler selbständig die Unterrichtsthemen und das Niveau aussuchen kann.

Grossraumbüros in den USA, die inzwischen auch in Wirtschaftsunternehmen in der Schweiz eingerichtet werden.

Kritik

- Die Schüler werden nicht gestärkt, mit dem altersgerechten Tempo und dem Niveau des Klassendurchschnitts mitzuhalten; dadurch wird die «Schere» im Leistungsvermögen der Klasse immer grösser.
- Lernlandschaften fördern die Vereinzelung, verhindern die Gemeinschafts-

bildung, und die Ausrichtung aufs Gemeinwohl fehlt. Dies sind unverzichtbare Voraussetzungen für den Bürger, wenn er einen konstruktiven Beitrag zur direkten Demokratie leisten soll. Ganz wesentliche Werthaltungen, die nötig sind, um unser bewährtes politisches System aufrechtzuerhalten, werden nicht vermittelt. Das widerspricht dem Schulgesetz.

- Datenschutz: Das Schülerprofil wird online gespeichert und ist jederzeit mit Foto abrufbar; mit dem *Google*-Bundesgerichtsurteil ist dies nicht vereinbar.
- Lernlandschaften mit 60 Arbeitsplätzen erinnern an Grossraumbüros in den USA, die inzwischen auch in Wirtschaftsunternehmen in der Schweiz eingerichtet werden. (Schild oberhalb der Eingangstür: Flüsterton)

Mosaik-Sekundarschule Alterswilen ein weiteres Vorbild für grüne Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg?

Das Pilotprojekt Mosaik-Sekundarschule Alterswilen scheint der grünen Regierung *Kretschmann* mit als Vorbild für die Gesamtschule Baden-Württemberg gedient zu haben. So wurde im Frühjahr 2010 im Landtag von Baden-Württemberg die Mosaik-Sekundarschule Alterswilen im Rahmen der Anhörung der Fraktion *Die Grünen/Bündnis 90* als neuester Fixstern am grünen Bil-

dungshimmel (neoliberaler Provenienz) – in allen Details vorgestellt – unter dem Motto: «Jedem Kind sein Bildungsziel! So geht Schule, in der jedes Kind gewinnt.»

Im Landtag von Baden-Württemberg. Die Grünen/Bündnis 90. Jedem Kind sein Bildungsziel! So geht Schule, in der jedes Kind gewinnt. *Dokumentation der Anhörung*, 7.5.2010, Landtag von Baden-Württemberg

«Time-out»-Schule

zf. Im imperialen Verkaufsangebot zu Schule und Bildung gibt es in etwa drei Strömungen bezüglich der Auffassung vom Menschen:

- a) Der Mensch sei ein triebbestimmtes Wesen und vertrage deshalb keinen bürgerlichen Bildungsüberbau.
- b) Der Hegelsche Weltgeist, Variante USA, bestimmt über die jetzige wirtschaftliche Notwendigkeit der Geschichte. Wer das nicht begreift, gehört zu einer Antithese aus dem vorvorletzten Jahrhundert.
- c) Da nach *Marx* das Sein das Bewusstsein bestimmt, muss jedem Schüler ein Cerevelat – nämlich das Streben nach Reich-

tum – vor die Nase gehängt werden. Dann lernt er!

Für die ziemlich stark oder ganz triebgestörten Kindergärtler oder Schüler jeglicher Schulstufen richtet das Imperium «Time-out»-Schulen ein, wo sie von jeglichem Lerndruck befreit werden. Wenn diese Erwartung des bürgerlichen Nationalstaates gänzlich wegfallt und er, solange er will, nur noch malen, spielen oder träumen darf, dann wird ein befreites Individuum aus ihm. Sie glauben es nicht? Ist alles in den antiautoritären Kindergärten schon ausprobiert worden. Es fehlt nur noch *Dani Cohn-Bendit* als Betreuer ...

Meine vier pädagogischen Urbitten.

Die 4 pädagogischen Urbitten

Bringe mir nichts bei

Erkläre mir nicht

Erziehe mich nicht

Motiviere mich nicht



«Social impact bonds» – Kommerzialisierung und Privatisierung staatlicher Aufgaben

ts. Die USA, schon lange ein Hort des Neoliberalismus, der Deregulierung und Privatisierung, gehen einen Schritt weiter in ihrem Casino-Kapitalismus, als hätte es Lehman Brothers nicht gegeben. Seit neustem investieren nun Banken im Kernbereich der Staatsaufgaben und höhnen somit die Hoheitsrechte des Staates als Vertreter des Bonum commune aus. Das sind gefährliche Schritte in Richtung des corporate citizens und der Umwandlung der demokratisch legitimierten Staatsverwaltung Richtung Aktiengesellschaft. Die Rede ist von «social impact bonds», einer neuen Erfindung des Wallstreet-Giganten Goldman Sachs.

Aber auch der Konkurrent auf dem Finanzplatz New York, Citigroup, macht Schlagzeilen in den USA – wie alle Wallstreet-Banker sind auch die Leute von Citigroup und insbesondere deren Chef wahre Stehaufmännchen, die statt im Knast zu sitzen und zu büssen, es schon immer gesagt haben wollen und schon immer die Bankenmacht brechen wollten.

David W. Chen berichtet in der «Herald Tribune» (3. August 2012, *Goldman Sachs buys stake in New York youth*), dass die Stadt New York zur Finanzierung zutiefst staatlicher Aufgaben neue Wege beschreite: So werde der Bank Goldman Sachs erlaubt, 10 Millionen Dollar in ein Gefängnisprogramm zu investieren, mit dem Versprechen der Stadt, dass der Bankgigant Gewinn erzielt, wenn das Programm Erfolg habe bei der Reduzierung der Rückfallquote der jugendlichen Insassen. Damit sei New York die erste Stadt in den USA, die «social impact bonds», zu übersetzen etwa als «Anleihen für Auswirkungen im gesellschaftlichen Bereich» teste, auch «Bezahlen-für-den-Erfolg-Bonds» genannt. Dies sei Teil einer Anstrengung, neue Wege zu finden, Initiativen zu finanzieren, welche Regierungsgelder langfristig sparen könnten. Erfunden wurden diese Bonds in Grossbritannien, auch Australien experimentiert nun damit. Und schon kündigt Massachusetts an, mit zwei gemeinnützigen Gruppen vor dem Vertragsabschluss zu stehen, welche Jugendjustiz und Obdachlosenprogramme finanzieren sollen mit dem Versprechen der Rückzahlung nur bei Erfolg des Programms.

In New York wird Goldman Sachs in Rikers Island Gefängnis-Komplex einen Kredit sprechen für ein Vierjahresprogramm. Bei ungenügendem Erfolg könnte die Bank 2,4 Millionen Dollar verlieren. 9,6 Millionen sind für Goldman Sachs kein grosser Betrag, angesichts des letzten Quartalsgewinns von 900 Millionen Dollar. Die Investition diene aber als gute Werbung für die Wallstreet Bank. Für die New Yorker Regierung unter Bürgermeister Bloomberg lassen sich so Privatfinanzierungen für den Service public realisieren und gleichzeitig eine harte Kosten-Nutzen-Evaluation von staatlichen Ausgaben durchführen. Mit dem Geld von Goldman Sachs wird ein Anbieter von sozialen Dienstleistungen bezahlt, der das Programm entwirft und durchführt. Gelingt es so, die Rückfallquote um 10 Prozent zu senken, erhält Goldman die vollen 9,6 Millionen zurück. Bei noch besserem Ergebnis könnte Goldman 2,1 Millionen Dollar Gewinn einfahren. Bei weniger als 10 Prozent wiederum verlöre Goldman 2,4 Millionen. Bloomberg betont, dass diese «social impact bonds» für Investoren interessant seien, aber die grössten Nutzniesser seien die Bürger und Steuerzahler. Harvard-Professoren sprechen vom interessantesten Regierungsvertrag, der weltweit dieses Jahr unterzeichnet worden sei.

Es wurde aber auch Kritik laut. So sagt Mark Rosenman, Professor in Cincinnati, ohne grundsätzlich den Markt in Frage stellen zu wollen: «Wenn wir in eine Situation kommen, wo wir Investoren ermutigen, privaten Profit zu machen, als Ersatz für die Verantwortung der Regierung, machen wir einen grossen Fehler.»

Die Stadtverwaltung von New York hofft, dass das Konzept der «social impact bonds» auch für andere Bereiche genutzt werden könnte: für Obdachlosenprogramme, Pflegeunterbringung, Sonderschule und Gesundheitsvorsorge.

Oder wie es der Finanz- und Verwaltungsbeamte Jay Gonzalez aus Massachusetts sagt: «Wir müssen uns von der Idee verabschieden, dass wir für etwas bezahlen und hoffen, die Resultate würden stimmen. Das Schöne an den «social impact bonds» ist, wenn die Bank und die beauftragten Firmen die Resultate

bringen, dann zahlen wir. Wenn nicht, bezahlen wir nichts.»

In den 30er Jahren sassen die Topbanker im Gefängnis – und heute?

Jesse Eisinger, der als Journalist für *ProPublica* schreibt, eine unabhängige, nicht gewinnorientierte Nachrichtenagentur, welche investigativen Journalismus im öffentlichen Interesse betreibt, berichtet in derselben Ausgabe der «International Herald Tribune» über die Stehaufmännchen von Wallstreet und deren unerhörter Chuzpe. So spricht sich nun plötzlich Even Sanford Weill, der Gründer der Bank Citigroup, für das Aufbrechen seiner Schöpfung aus. Damit steht er nicht allein, immer mehr Top-Wallstreet-Banker, die sich zuvor für Deregulierung und Fusionen stark gemacht hatten, verlangen, dass die Aktionäre die Banken zerschlagen sollten, und üben scharfe Kritik am gegenwärtigen Finanzsystem. Jetzt, aber nicht damals, als es dringend nötig gewesen wäre. Und: Jeder frustrierte Amerikaner wisse, so Eisinger, dass kein Top-Banker ins Gefängnis wanderte oder entsprechende Bussen bezahlen musste. Auch haben sie keinen sozialen Abstieg erlitten, im Gegenteil, sie werden von den Medien hofiert und sitzen in Geschäftsleitungen, auch von wohlthätigen Vereinigungen. «Wenn man reich ist, scheint man intelligent zu sein», so das ironische Fazit des US-Journalisten.

Mr. Weills Aufruf setze neue Massstäbe für die Aufpolierung des eigenen Rufes. Seine Rolle in der Schaffung des neuen Finanzsystems, welches die Weltwirtschaft aufgeblasen habe, sei umstritten. Seine Vision war die eines finanziellen Supermarkts, deshalb gründete er Citigroup. Das Vorhaben missglückte, aber Mr. Weill wurde dabei unsäglich reich. Schon 2007 wurde der Ruf nach Aufteilung der Bank laut, und zwar so, wie es Weill heute selber vorschlägt. Nach 2007 kam die Finanzkrise, und die Regierung musste die Banken tragen. Auch Citigroup, obwohl die Bank seit 2000 in diverse Skandale verwickelt war. Aber offensichtlich habe das der Glaubwürdigkeit von Mr. Weill nicht geschadet.

Aber, so gibt Eisinger zu bedenken, die amerikanische Gesellschaft sei nicht immer so gewesen: So wanderten nach dem Bör-

senkrach von 1929 und der Grossen Depression mehrere Top-Wallstreet-Banker ins Gefängnis statt zu Regierungsberatern berufen zu werden. Der Chef der New Yorker Börse, Richard Whitney, aus einer der angesehensten Familien der USA, musste nach Sing Sing. Und 1936 bezeichnete Franklin D. Roosevelt rücksichtsloses Bankengeschäft und Spekulation als «Feinde des Friedens». Unter Roosevelt fasste man gar ins Auge, die Börse zu verstaatlichen. Ganz anders heute: Unser Schicksal ist zu feiern, wenn diese Typen ihre Meinung ändern, so Eisinger zum Schluss seines Textes.

Wider den Finanzfaschismus

Zwei Stimmen aus den USA, die in ihrer klaren Kritik die Menschen in Europa nachdenklich stimmen sollten: Die Kommerzialisierung des Lebens ist weder ein Naturgesetz noch hat sie in der Geschichte je Erfolge gezeitigt. Weil sie dem Herrschaftsprinzip folgt. Dem entgegensetzen ist aber das Genossenschaftsprinzip, welches die Würde des Menschen wahrt und nie aus Menschen Spekulations- und Handelsware zur Profitmaximierung machen würde, ganz im Gegenteil. Und von der Genossenschaft her ergibt sich ein ganz anderes Staatsverständnis als vom Herrschaftsgedanken her. Hier der Aufbau von unten nach oben, die Gleichwertigkeit aller Mitglieder, da der Kommandoton von oben nach unten, die Feudalisierung und heute Casinokapitalisierung aller Lebensbereiche. Europa hat da andere Traditionen, auf welche es sich stützen kann. Die Spekulation mit Menschenleben, die «Verbondisierung» des menschlichen Zusammenlebens, kennt in ihrer Gier nach Profit keine Grenzen und öffnet einem neuen Faschismus Tür und Tor: dem Finanzfaschismus. Deshalb ist es erste Bürgerpflicht, den Anfängen zu wehren – und noch mehr, wenn die Sache sich bereits in fortgeschrittenem Stadium befindet. •

Quellen:

David W. Chen. Goldman Sachs buys stake in New York youth. In: *Herald Tribune*, 3.8.2012

Jesse Eisinger. Bank titans's conversion: It doesn't matter. In: *International Herald Tribune*, 3.8.2012

«Schule und Bildung im Würgegriff ...»

Fortsetzung von Seite 3

Mitte der 70er Jahre schon wieder kriselte. Wer als Europäer hinübergang und Kinder im schulfähigen Alter hatte, überlegte sich gut, ob er sie mitnehmen oder bei Verwandten hier lassen wollte.

Es gebe drüben extrem teure Eliteschulen oder aber Staatsschulen, die in einem desolaten Zustand seien, hiess es. Ansonsten die Möglichkeit, dass die Mutter zu Hause die Kinder selbst unterrichtet, «home-schooling», wie es bei amerikanischen Kollegen im akademischen Bereich in bescheidensten Wohnverhältnissen angetroffen werden konnte.

Und wieder folgte ein Schritt in die falsche Richtung: Die USA traten 1984 aus der Unesco aus, entsolidarisierten sich damit weiter und begannen die OECD mit vermehrtem Druck zum Instrument ihrer partikulären Machtpolitik zu machen.

Mitte der 90er Jahre, hält Langer fest, habe die OECD der Unesco das Heft völlig aus der Hand genommen gehabt. Zu diesem Zeitpunkt sei der amerikanische Auftrag zur Umwandlung von Schule und Bildung auch in die Schweiz gekommen; das Trojanische Pferd wurde willkommen geheissen. Buschor war vermutlich nur ein vordergründiger Akteur. Wie reagierte die deutschsprachigen Staaten insgesamt auf den Befehl aus dem Wirtschaftshimmel? «Die Literatur legt nahe: Durch unbedachte, schnelle Übernahme fertiger Lösungskonzepte ohne ausreichende wissenschaftliche und öffentliche Debatte. [...] In der Schweiz und in Deutschland erfolgte seitens der Bildungspolitik ohne kritisches Hinterfragen rasche Zustimmung zu den kommunizierten Befunden und ein vehementer Aktionismus.»²

Und wozu das alles, ist nun die Frage angesichts einer zur Weltwirtschaftskrise sich

auswachsenden Konkurrenz? Unsere Kinder, die Jugend unserer Länder als Versuchskaninchen der internationalen Grossfinanz? Das soll «nachhaltige», tragfähige Grundlagen für die Zukunft geben?

Seit die Orange-Grünen in Baden-Württemberg an der Macht sind, hat der nächste Schub an Hektik und schulischem Unsinn begonnen. Ein Schweizer namens Fratton sei «drüben» schon seit 18 Jahren «geschäftlich» tätig. Zurzeit bereist und beschwätzt der Marktfahrer in der Ostschweiz eine Schulgemeinde nach der andern und preist die Produkte aus seiner Wundertüte an. Stösst Ihnen als Bürger einer Schulgemeinde das sauer auf? Hoffentlich! Vor allem: Geld sei kein Problem. Es braucht nur die Unterschrift Ihrer Schulgemeinde (woher es kommt, fragen Sie besser nicht ...). Bei John Perkins können Sie in seinem Buch «Economic Hitman» nachlesen, wie er ganze Länder mit diesen Methoden in die Schuldenfalle getrieben hat. •

¹ Vgl. dazu: Bieber, Tonia. «Soft Governance in Education. The PISA Study and the Bologna Process in Switzerland». TranState Working Paper No. 117. Bremen, 2010. Argumentarium dazu auf www.zeitfragen.ch unter Dokumentation: Schule und Bildung Schweiz: «Die Vermittlung von Bildung als Bürgerrecht und die Heranbildung verantwortungsbewusster Staatsbürger».

² Langer, Roman. Warum haben die PISA gemacht? Ein Bericht über einen emergenten Effekt internationaler politischer Auseinandersetzungen. S. 61. In: Langer, Roman (Hrsg.). «Warum tun die das?» Governanceanalysen zum Steuerungshandeln in der Schulentwicklung. Educational Governance Band 6. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008. S. 49–72. Darin zitiert: Becker, Rolf. Lassen sich aus den Ergebnissen von PISA Reformperspektiven für die Bildungssysteme ableiten? In: Schweizerische Zeitschrift für Bildungswissenschaften, Jg. 29, H.1, S. 13–31. Zit. nach Langer, S. 61. (Hervorhebung im Original)

Wie werden unsere Kinder zu Bürgern im direktdemokratischen Staat?

mw. «Wenn man einen Jugendlichen fragt: «Was möchtest du werden, wenn du gross bist?», kommt die spontane Antwort: «Ich will Mechaniker werden oder Bankier oder Pilot [...]»; unwahrscheinlich ist dagegen die Antwort: «Ich will Bürger werden!»[...]»¹

«Die Idee eines Buches über das «Bürgersein» für die Jugend unseres Landes ist in der zweiten Hälfte der 90er Jahre entstanden, als ich die Frage mit den damaligen Direktoren des Primarschul- und des Oberstufenunterrichts diskutierte. Die Idee habe ich 1996 teilweise realisiert mit der Publikation «Il mio Comune» (Meine Gemeinde) – erste Begegnung mit dem Bürgersein – für Schülerinnen und Schüler der dritten, vierten und fünften Primarklasse. [...]

Heute greife ich ohne viel Wenn und Aber die 1996 zurückgestellte Idee wieder auf und gebe ein Buch heraus für die höheren Schulstufen, mit besonderer Aufmerksamkeit für die 18jährigen.»²

«Il mio Comune» ist ein Lehrmittel für die Primarschule, das den Kindern den Weg öffnen will zum Bürgersein. Indem sie die kleinen und grossen Eigenheiten ihrer Gemeinde kennenlernen, wird das Gefühl der Verbundenheit mit ihrer Gemeinde entstehen und wachsen. In fünf Unterrichtseinheiten werden die Kinder zunächst dazu angeleitet, ihre Kirche – die in jedem Dorf anders aussieht – als ganz besonderes Merkmal und als Mittelpunkt des Dorfes kennenzulernen. Sie erfahren, dass der Ortsname und das Wappen ihrer Gemeinde einen Bezug zu deren Geschichte und landschaftlicher Einbettung hat. So wird der Grundstein der staatsbürgerlichen Erziehung gelegt, die unerlässliche Voraussetzung

für die aktive Teilhabe der späteren Erwachsenen an der direkten Demokratie. Eros Ratti hat sein Büchlein mit dem Wissen verfasst, dass das Gefühl für die gemeinsame Aufgabe im direktdemokratischen Gemeinwesen – ob in der Gemeinde, im Kanton oder im Bund – bereits in der Primarschule gelegt werden muss. •

¹ Vorwort zum Buch von Eros Ratti «Voglio fare il cittadino», von Prof. Carlo Clementi und Aurelio Sargenti, Staatskunde-Dozenten am Liceo cantonale von Lugano 2

² Einführung zu «Voglio fare il cittadino» von Eros Ratti, Mai 2009



«Warum Europa sein Verlangen nach Weltmachtstatus aufgeben und dem Vorbild Schweiz nacheifern sollte»

Ein Diskussionsbeitrag von Peter Gauweiler

km. Unter der Überschrift «Welches Europa wollen wir?» veröffentlicht die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» seit dem 7. Juli in ihrem Feuilleton umfangreichere Beiträge bekannter deutscher Persönlichkeiten aus Politik, Rechtswissenschaft, Philosophie und anderen Disziplinen. Diese Beiträge versuchen, die derzeitige Situation der Europäischen Union zu untersuchen und Vorschläge zu machen, wie die offenkundig gewordenen Probleme gelöst werden könnten.

Unter den Autoren finden sich Stimmen, die es befürworten, die politische Macht innerhalb Europas mehr oder weniger ganz auf die Institutionen der Europäischen Union zu verlagern, aber auch solche, die den Weg der vergangenen 60 Jahre sehr kritisch sehen. Eine dieser kritischen Stimmen ist die des CSU-Abgeordneten im Deutschen Bundestag und Münchner Rechtsanwalts *Peter Gauweiler*. Sein Beitrag, der am 2. August erschien, trägt den Obertitel «Alles so grosstuerisch, so herzlos und leer!» und ist mit dem langen Untertitel versehen: «Die Enteignung des demokratischen Souveräns muss das zentrale Thema der Debatte werden: Warum Europa sein Verlangen nach Weltmachtstatus aufgeben und dem Vorbild der Schweiz nacheifern sollte.» Beide, Obertitel und Untertitel, greifen Formulierungen innerhalb des Beitrags auf.

Bismarcks Deutsches Reich und die heutige EU

Der Obertitel ist einer Aussage des Wittelsbachers *Otto* entnommen. *Otto* war der Bruder des bayerischen Königs *Ludwig II.* und Vertreter Bayerns bei der deutschen Kaiserproklamation im Spiegelsaal von Versailles am 17. Januar 1871. *Otto* fühlte sich gar nicht wohl in Versailles, und *Peter Gauweiler* knüpft an dieses Unbehagen Bayerns gegenüber der von Preussen ausgehenden Reichsgründung an. Er vergleicht die Entwicklung und den Zustand der heutigen EU mit der Politik *Otto von Bismarcks*, des preussischen Ministerpräsidenten und ersten Reichskanzlers, ein Deutsches Reich unter preussischer Führung zu gründen und mit einem solchen Reich Europa zu beherrschen und Weltmachtgeltung zu erlangen.

Damals verlor Bayern seine Unabhängigkeit, war «vom selbständigen Staat zum königlich bayerischen Teil des Reiches» geworden. Und in den Jahrzehnten danach wurden auch überall in Bayern sogenannte Bismarck-

Türme gebaut, Symbole der Ehrerbietung gegenüber dem Reichsgründer – aber auch eine Art von Demutsgeste gegenüber einer neuen Form des Gessler-Hutes.

Gauweiler zitiert den namhaften Publizisten und Historiker *Sebastian Haffner*, der Preussen als ein Staatsgebilde bezeichnet hat, das «keine nationale, ethnische, religiöse Identität besass [...] sich wie ein Zelt hin- und hertragen und verschiedenen Stämmen, sogar verschiedenen Völkern überstülpen liess». Wie die Europäische Union, so Gauweiler. Verlierer dabei waren die Länder des neuen Reiches. Und wieder zieht Gauweiler die Parallele: «Heute gelten die deutschen Länder als die «Verlierer der Europäischen Union». Auf ihren politischen Feldern – Innenpolitik, öffentliche Sicherheit, Bildung, Kultur, Medien, Daseinsvorsorge – haben Berlin und Brüssel Bismarck-Türme reihenweise gebaut.»

«Wenn neue grosse Reiche entstehen, geht es immer um Krieg und Frieden»

Welcher Preis ist sonst noch zu zahlen? Gauweiler schreibt: «Wenn neue grosse Reiche entstehen, geht es immer um Krieg und Frieden.» Bismarck hatte drei Kriege provoziert, um Preussens Vormacht in Deutschland und Europa zu begründen. In den Bismarck-Monumenten sieht Gauweiler auch die Menetekel für den Ersten und den Zweiten Weltkrieg. Er zitiert den bayerischen Landtagsabgeordneten *Krätzer* in der Debatte um den Beitritt Bayerns zum neuen Deutschen Reich. *Krätzer* war gegen eine Reichsmitgliedschaft Bayerns, sah einen Grossstaat aufziehen, in dem «alles parlamentarische Leben, alle Freiheit aufgehoben wurde», und sagte dann weiter: «Wohin führt die Gründung eines solchen Staates? Die Sucht, die Herrschaft über Europa zu bekommen, liegt zugrunde, und diese Anspannung aller Kräfte wird auch in nächster Zeit zum Kriege führen.» Und welchen Weg geht die EU?

Dem Abgeordneten *Krätzer* schenkte die grosse Mehrheit im Parlament damals kein Gehör – für Gauweiler eine Parallele zum Umgang mit kritischen Stimmen bei heutigen EU-Debatten im Deutschen Bundestag.

Kein Ohr für das Volk

Auch für das Volk, so Gauweiler, hatte dieses neue Deutsche Reich kein Ohr. Man sprach

Hochdeutsch, gab sich gebildet und spottete über Leute wie den bayerischen König *Ludwig II.* Weil der eben nicht nach immer mehr Macht strebte, weil der eben nicht bereit war, das Blut seiner Landsleute zu vergiessen. Ein Arzt diagnostizierte sogar Paranoia. «In der Macht über ein anderes Land keinen Wert zu sehen, schien ihm und seinen Mitgutachtern verrückt», schreibt Gauweiler.

De Gaulles Alternative: «Verzicht auf die Beherrschung des anderen»

Namhafte Nachkriegspolitiker wie der französische Präsident *de Gaulle*, auf den sich Gauweiler im folgenden beruft, traten dennoch eher in die Fussstapfen eines Königs *Ludwig*, jedenfalls nicht in die des alten Reiches. Und die Zitate *de Gaulles*, die Gauweiler anführt, sind wirklich bemerkenswert. *De Gaulle* sprach von der «Sinnlosigkeit solcher Kämpfe» um die Beherrschung anderer Staaten und Völker, davon, im «Verzicht auf die Beherrschung des anderen einen besonderen Wert zu sehen», warnte davor, «mit Europa ein künstliches Vaterland anzustreben», warnte im Hinblick auf die Organe des supranationalen Europas vor der «Urzweideutigkeit der ganzen Institution» und bezeichnete das Streben nach einer völligen Verschmelzung der Volkswirtschaften und der Politik in Europa als «Illusion der supranationalen Schule». Sein Ziel für Europa war die «gegenseitige Abstimmung des internationalen Vorgehens», war ein «Europa der Vaterländer».

Der Weg der EU: «Aushöhlung von Freiheit und Demokratie»

Und dann geht Gauweiler wieder auf die heutige EU ein: «Heute sehen sich die Leute von der Europäischen Union als Machtinhaber globaler Reichweite. [...] Auch das erinnert an die eingebilddete hohe Warte von 1871. Weil der «Weltmachtstatus» der Heutigen zum guten Teil auf dem Euro beruht, werden sie aktuell als Sorgenkinder der Weltwirtschaft wahrgenommen. Was dieser oberste Expertenchor [...] den seinen Verfügungen unterworfenen Ländern ökonomisch angetan hat, ist noch gar nicht absehbar. Mehr und mehr verdichtet sich die Erkenntnis, dass es nicht nur um die Währung geht [...], sondern um die Aushöhlung von Freiheit und Demokratie.»

Damit ist Gauweiler beim Kern seines Artikels, so wie es auch im Untertitel zum Ausdruck kommt. «Diese Enteignung des demokratischen Souveräns wird und muss in der europäischen Öffentlichkeit das zentrale Thema der bevorstehenden Debatte um die Zukunft der Brüsseler Institution sein. Nicht als Denkblockade, sondern als Voraussetzung jeder staatsbürgerlichen Solidarität, auf welcher Gebietsebene auch immer.»

Wer dagegen steht? Gauweiler sieht eine Koalition aus den negativsten Erscheinungen von links und rechts: *Marx* und *Lenin* auf der einen, *Goldman Sachs* auf der anderen Seite.

«Machtpolitische Enthaltensamkeit ist eine verheissungsvolle Chance»

Und was ist zu tun? Noch einmal bezieht sich Gauweiler auf *Sebastian Haffner*. Dieser hatte den Deutschen vor Augen geführt, «dass machtpolitische Enthaltensamkeit eine verheissungsvolle Chance beinhalten kann». Warum sich nicht aus dem unseligen und antiquierten Wettbewerb der Staatenwelt heraushalten? «Beneidenswertes Europa!», hatte *Haffner* geschrieben, «es braucht weder Hunger zu leiden noch Sterne zu entzaubern.» Europa, so *Haffner*, könne zu einer «Schweiz der Welt» werden und die Menschheitsaufgabe angehen, einen «Ausgleich von Technik und Humanität» herbeizuführen.

Gauweiler schreibt: «Europa – die Schweiz der Welt? Das Megapolitisch-Unsympathische der Europäischen Union löste ein solcher Vorschlag jedenfalls sofort auf. Ebenso die Vorstellung von Europa als Eidgenossenschaft. Auch die Pflege der Vielsprachigkeit könnte Brüssel von Bern gut lernen. Ebenfalls die Achtung vor kantonaler Selbstbestimmung und staatsbürgerlicher Funktion. Vor allem der unbedingte Respekt vor dem Volkswillen und die Balance von globaler Einbindung und örtlicher Autarkie. Und das es nicht auf die Grösse des Territoriums ankommt, sondern was man damit macht.»

Wird Bayern einen eigenen Weg gehen?

Für die Bayern war die Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg ein direktdemokratisches Vorbild. Auch ein anderer Bayer, Professor *Hans Maier*, ehemals bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultur, hat daran vor kurzem («Neue Zürcher Zeitung» vom 25. Juli) erinnert: Bayerns politische und wirtschaftliche Erfolge hätten auch etwas mit seinen Volksrechten zu tun. Und dann weiter: «Übrigens verdankt Bayern diese plebiszitären Elemente zwei Kennern und Bewunderern der Schweizer Demokratie, die zu Nazizeiten als Emigranten in der Schweiz lebten: *Wilhelm Hoegner* und *Hans Nawiasky*. Was beweist: Neue Demokratien können von alten lernen.»

Gauweiler selbst glaubt nicht so ganz daran, dass die EU sehr zügig aus der Geschichte lernen wird. So schliesst er denn mit einem Hinweis auf ein am 30. August erscheinendes Buch eines anderen Bayern, *Wilfried Scharnagl*, auch CSU-Politiker und langjähriger Chefredakteur der Parteizeitung «Bayernkurier». Der Titel des Buches: «Bayern kann es auch allein: Plädoyer für den eigenen Staat.»

Schüler im Osten wissen mehr über Zeitgeschichte

von Heike Schmoll

Schüler in den ostdeutschen Bundesländern wissen mehr über Geschichte als westdeutsche Schüler. Besonders schlecht fielen die Ergebnisse einer neuen Langzeitstudie in Nordrhein-Westfalen aus.

In den neuen Bundesländern wissen die Schüler durchschnittlich mehr in Geschichte als in den alten. Das ergab eine Langzeituntersuchung des Forschungsverbunds SED-Staat der Freien Universität Berlin. Nordrhein-Westfalen erzielte in der Untersuchung die schlechtesten Ergebnisse. Bereits im Juni hatten die Wissenschaftler die allgemeinen Ergebnisse ihrer Studie vorgelegt. Nun sind für die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Thüringen detaillierte Analysen verfügbar.

In Thüringen wissen die Schüler überdurchschnittlich viel über die deutsche Zeitgeschichte, sie erreichen im Geschichtsunterricht zudem einen deutlichen Wissenszuwachs. Mit einem Plus von 11,5 Prozentpunkten richtig beantworteter Fragen lernen die Schüler hier fast doppelt so viel hinzu wie in Nordrhein-Westfalen (plus 5,9 Prozentpunkte). Mit Ausnahme der DDR, von der die Schüler trotz des Schulunterrichts ein zu positives Bild haben, gelangen die Thüringer Schüler zu einem angemessenen Urteil über die politischen Systeme der Zeitgeschichte.

Abwegiges über Nationalsozialismus

Das zeitgeschichtliche Wissen der Schüler ist in Sachsen-Anhalt am besten. Ausserdem

konnten die Jugendlichen dort ihre Kenntnisse durch den Schulunterricht im Untersuchungszeitraum deutlich erweitern. Allerdings gelingt es ihnen häufig nicht, ihre Präferenz für liberale Demokratien auf die Realität zu übertragen. So sind 25 Prozent der befragten Schüler der Ansicht, die Politik *Adolf Hitlers* wäre ohne den Zweiten Weltkrieg und die Judenvernichtung richtig gewesen.

In Nordrhein-Westfalen ist nicht nur das Geschichtswissen am geringsten, die Schüler profitieren hier auch am wenigsten von ihrem Schulunterricht. Diese Wissenslücken haben Folgen: Der Anteil der Schüler, die den Nationalsozialismus positiv bewerten, ist der höchste unter allen beteiligten Ländern. Bayerische Schüler haben dagegen oft Schwierigkeiten, die politisch-institutionelle Kontinuität der Bundesrepublik vor und nach der Wiedervereinigung zu erkennen. So glauben sechzig Prozent von ihnen, dass man sich in der Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung nicht mit rechtlichen Mitteln gegen staatliche Willkür habe wehren können. Vom wiedervereinigten Deutschland glaubten das nur zwanzig Prozent.

Bayerische Ergebnisse ohne Gymnasien

Insgesamt profitierten bayerische Schüler aber von ihrem Geschichtsunterricht, so dass ihr Wissen im Vergleich leicht überdurchschnittlich ausfalle. Angesichts der Tatsache, dass anders als in den anderen Ländern keine Gymnasiasten befragt werden konnten, sei das ein erfreuliches Ergebnis, heisst es in der Studie.

Das Geschichtswissen der Schüler in Baden-Württemberg ist nur durchschnittlich. Allerdings gelinge es hier besser als in anderen Bundesländern, den Jugendlichen ein Bewusstsein für die Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur zu vermitteln. Eine mögliche Ursache seien die baden-württembergischen Lehrpläne, die mit ihrer Bezugnahme auf freiheitliche demokratische Werte eine hervorragende Grundlage für eine «wertorientierte Wissensvermittlung» böten. •

Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7.8.2012, © Alle Rechte vorbehalten *Frankfurter Allgemeine Zeitung* GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom *Frankfurter Allgemeine Archiv*.

Zurück zu Herzögen und Grafen? Interregionalismus – ein Beispiel

rg. In publizistisch gross aufgemachten Umfragen wurden die Genfer zur Namensgebung der Grossregion Genf eingeladen. Le «Grand Genève» machte das Rennen, doch die Menschen schüttelten die Köpfe: Was soll das? Die Waadtländer wollen eh nicht mit uns fusionieren.

Damit setzt sich aber der antidemokratische Virus in den Gehirnen der Menschen fest, man gewöhnt sich daran: Die Grossregion Genf mit ihrem Hauptort gleich dreimal auf verschiedene Art: Zweimal auf der französischen Seite: «l'aire métropolitaine lyonnaise» und «le Sillon alpin» mit der Achse Valance-Genève; einmal auf der helvetischen Seite zusammen mit Lausanne als Metropolitanraum Léman (Métropole lémanique). So werden die zwei

Schweizer Städte geschickt, ohne das Wissen der Bevölkerung, an das europäische System der «coopération métropolitaine» Frankreichs gebunden. (Pour une maîtrise foncière dans les territoires de Rhône-Alpes en métropolisation, Région Rhône-Alpes, Conseil économique et social régional, 24 novembre 2009; Gouvernance à géométrie variable. Perspective lémanique, Xavier Comtesse, éd. Avenir-suisse, 2012)

Bleibt zu sagen, dass die französische Vorstellung just den alten, fast 500 Jahre alten Vorstellungen von Gross-Savoyen entspricht. Darin hätte Genf die nördliche Hauptstadt der savoyischen Herzöge und Grafen spielen sollen. Damals wusste Genf sich dieser Vereinnahmung zu erwehren, es wollte unabhängig bleiben.

Ist Deutschland Das Hauptrechtssprechungsorgan der Vereinten Nationen, Merkel-Deutschland, quo vadis?

zf. Bei den Amerikanern ist die Welt sich gewohnt, dass sie mit der einen Hand ködern und mit der andern zuschlagen können. Dass Deutschland sich neuerdings auch in dieser Richtung «beraten» lässt, ist eher neu. Wenn jetzt bereits zwei Bundesländer eine eigene «Aussenpolitik» gegen die Schweiz betreiben und sich um die parallel laufenden Verhandlungen der Bundesregierung foutieren dürfen, dann ist «etwas faul im Staate Dänemark». Und wenn die «Tagesthemen» vom 9.8. um 22.15 Uhr ins gleiche Horn blasen und glauben, die Schweizer Bevölkerung «belehren» zu dürfen, dann schätzen sie die Lage falsch ein.

Den Sonderweg des nordrhein-westfälischen Finanzministers Norbert Walter-Borjans nur als «Profilierungssucht» zu erklären, ist sicherlich zu kurz gegriffen, gehört er doch zu Steinbrücks Kavallerie. «Walter-Borjans ist ein Polit-Profi. In den neun-

ziger Jahren war der Vater von vier Kindern eine Zeitlang Regierungssprecher von Johannes Rau. Später hat er in der von Peer Steinbrück geführten rot-grünen Regierungskoalition den Posten des Staatssekretärs für Wirtschaft und Arbeit bekleidet. Man erinnere sich, es war Steinbrück, der später als Bundesfinanzminister die berühmte Kavallerie in das Steuerparadies Schweiz schicken wollte.» («Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 11. August)

Merkel-Deutschland ist keine schizophrene Persönlichkeit: Die linke Hand weiss, was die rechte tut – und der Kopf weiss beides. Wer im krisengeschüttelten Europa den Platz als führendes Land beanspruchen will, der muss sich als Rechtsstaat benehmen. Andernfalls muss der IGH in Den Haag die Sache klären.

Offener Brief

An Frau Nationalrätin Doris Fiala
Stockerhof Dreikönigstrasse 31
8002 Zürich
Schweiz

René Schneider
Seminare Breul 16
48143 Münster

19. Juli 2012 – Az. 25386

OFFENER BRIEF

zur Staatsklage «Schweiz vs. Deutschland» vor dem IGH in Den Haag

Sehr verehrte Frau Nationalrätin Fiala!

Ich habe die Ehre, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Schon im Jahr 2010, als die Schweiz zum ersten Mal das Opfer eines verbrecherischen Paktes zwischen kriminellen Datendieben und den nicht weniger kriminellen Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Nordrhein-Westfalen wurde, haben Sie im Schweizer Parlament eine Interpellation eingebracht und eine Staatsklage der Schweiz gegen Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) der Vereinten Nationen in Den Haag angeregt:

«Ist der Bundesrat bereit, innert drei Monaten wegen Entgegennahme und Prüfung von illegal erlangten Schweizer Bankkundendaten beim Internationalen Gerichtshof (IGH) Klage gegen Deutschland einzureichen? Ist er gewillt, damit einen wichtigen Beitrag zu

leisten, damit Interessenkonflikte auch im 21. Jahrhundert mit Völkerrecht statt staatlichem Faustrecht gelöst werden?»

URL: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20103023

In Deutschland haben damals der Dortmunder Rechtsanwalt und Notar Dr. Gerd Niebaum und ich Ihren Vorstoss auf das verbindliche und unparteiische Urteil des IGH unterstützt, weil auch die ehrlichen und anständigen Menschen in Deutschland, welche die Zusammenarbeit der deutschen Regierungen auf Bundes- und Landesebene mit ausländischen Kriminellen als völkerrechtsverbrecherische Staats- und Regierungskriminalität verabscheuen, ein berechtigtes Interesse daran haben, dass Deutschland nicht nur auf dem Papier ein Rechtsstaat ist und bleibt. An meine Anzeigen gegen Frau Bundeskanzlerin Merkel und Herrn Bundesminister Schäuble bei der Bundesanwaltschaft in Bern [...]

URL: http://seniora.org/index.php?option=com_content&task=view&id=461&Itemid=87 URL: <http://www.horizons-et-debats.ch/index.php?id=2020>

und an meine weiteren Anzeigen gegen deutsche Politiker und Minister in Berlin und Düsseldorf darf ich höflichst erinnern.

URL: <http://www.20min.ch/finance/dossier/bankgeheimnis/story/Merkel-hat-Anzeige-am-Hals-28952797>

URL: <http://www.muenster-seminare.de/Sonntag-180710.pdf>

URL: <http://www.muenster-seminare.de/24656.pdf>

René Schneider · Fortbildung für Fachanwälte · Breul 16 · 48143 Münster
Telefon (02 51) 3 99 71 61 · Telefax (02 51) 3 99 71 62

Offener Brief – zweiter Teil

An Frau Nationalrätin Doris Fiala
Stockerhof Dreikönigstrasse 31
8002 Zürich
Schweiz

René Schneider
Seminare Breul 16
48143 Münster

26. Juli 2012 – Az. 25401

OFFENER BRIEF – zweiter Teil –

Neue Gründe für eine Staatsklage der Schweiz gegen Deutschland vor dem IGH in Den Haag

Sehr verehrte Frau Nationalrätin Fiala!

Bitte erlauben Sie, dass ich an meinen «offenen Brief» vom 19. Juli 2012 – Az. 25386 anknüpfe, und ein paar völlig neue Überlegungen zur Staatsklage der Schweiz gegen Deutschland darlege:

A.

Im März 2010 kaufte das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) eine CD mit illegal beschafften Daten von Kunden der Schweizer Bank «Crédit Suisse». Damals regierte – von Juni 2005 bis Juni 2010 – in NRW eine CDU-FDP-Koalition unter Ministerpräsident Rüttgers (CDU) und Finanzminister Linssen (CDU).

Im Oktober 2010 kaufte NRW weitere illegal beschaffte Daten der Schweizer Bank «Julius Bär». Zu diesem Zeitpunkt herrschte schon die rot-grüne Minderheitsregierung mit Ministerpräsidentin Kraft (SPD) und Finanzminister Walter-Borjans (SPD).

Gleichzeitig wurde die Bundesrepublik Deutschland (seit dem 28. Oktober 2009) durch Bundeskanzlerin Merkel (CDU) in einer CDU-FDP-Koalition regiert.

Vorher (vom 22. November 2005 bis 28. Oktober 2009), als die ersten illegalen Daten aus Liechtenstein beschafft wurden, regierte in Berlin Frau Merkel mit einer CDU-SPD-Koalition. Bundesfinanzminister war damals Peer Steinbrück (SPD). Der heutige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) war damals Innenminister der Bundesrepublik Deutschland.

Dieser Überblick zeigt zweierlei: Erstens bestand oder besteht über alle Parteigrenzen hinweg die gemeinsame Überzeugung, dass im Ausland illegal beschaffte Daten von der Bundesrepublik Deutschland oder einem ihrer Länder erworben werden dürfen, solange die o. g. Parteien (CDU, FDP, SPD und «GRÜNE») miteinander paktieren oder paktierten. Zweitens endete diese Gemeinsamkeit, als die parteipolitischen Interessen der Regierungen in Berlin und Düsseldorf nicht mehr übereinstimmten. *Nota bene*: Frau Kraft spielt angeblich mit dem Gedanken, als Kanzlerkandidatin der SPD in den nächsten Bundestagswahlkampf zu ziehen und Frau Merkel abzulösen.

B.

Im Interview mit der «Bild-Zeitung» vom 23. Juli 2012 antwortete Herr Schäuble auf die Frage: «Warum sind Sie als Finanzminister eigentlich so vehement dagegen, dass NRW die

Daten deutscher Steuersünder aufkauft?», es sei «scheinheilig, wenn ein sozialdemokratischer Finanzminister [...] flächendeckend mit Kriminellen zusammenarbeitet.»

Quelle/URL: <http://www.bild.de/politik/inland/wolfgang-schaeuble/warum-muessen-wir-fuer-spaniens-banken-blechen-25284794.bild.html>

2008, als Heinrich Kieber Datendieb in Liechtenstein und Peer Steinbrück Finanzminister in Berlin waren, sprach Herr Schäuble noch ganz anders und verteidigte den Datenkauf über die Parteigrenzen hinweg als «rechtlich in Ordnung und sachlich erforderlich» («Financial Times Deutschland» vom 18. Februar 2008), heute bezeichnet er das gleiche Erwerbsgeschäft als eine Zusammenarbeit mit «Kriminellen»!

Was lernen wir daraus? Die Tagespolitik ist ein schmutziges Geschäft, und was für Herrn Schäuble 2008 und 2010 noch über die Parteigrenzen hinweg «rechtlich in Ordnung und sachlich erforderlich» war, ist 2012 schon eine Zusammenarbeit mit «Kriminellen»! Hat Herr Schäuble vergessen, dass er selber jahrelang mit diesen Kriminellen zusammengearbeitet hat?

C.

Fazit: Die Frage, wie weit ein Rechtsstaat verfassungsrechtlich und völkerrechtlich gehen darf, ist viel zu wichtig, um diese Frage den rasch wechselnden Koalitionen der politischen Parteien oder dem kurzfristigen politischen Willen der Regierungen zu überlassen.

Fragen von dieser Wichtigkeit, welche das nachbarschaftliche Verhältnis souveräner Staaten betreffen, müssen, wie das im Völkerrecht üblich ist, mit friedlichen Mitteln geregelt oder entschieden werden.

Diese Regelung könnte ein internationaler Vertrag sein; aber es ist jetzt schon erkennbar, dass das geplante Abkommen, welches den «Steuerstreit» zwischen der Schweiz und Deutschland regeln sollte, keinen Rechtsfrieden herstellen wird. Folglich bleibt nur die Entscheidung des Rechtsstreits durch das Hauptrechtssprechungsorgan der Vereinten Nationen, den Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag, der für die Entscheidung solcher Fälle in der Völkerrechtsgemeinschaft vorgesehen und zuständig ist.

Die Schweiz wurde bisher zweimal vor dem IGH verklagt (2006 von Dominica wegen eines angeblichen Verstosses gegen die Diplomatenrechtskonvention und 2009 von Belgien wegen eines angeblichen Verstosses gegen die Lugano-Konvention). In beiden Fällen hat die Schweiz den Rechtsstreit gewonnen! Erst einmal ist die Schweiz selbst als Klägerin vor den IGH gezogen, nämlich 1957 im «Interhandel-Fall». Die Klage der Schweiz gegen die USA betraf ein beträchtliches Vermögen der Basler Firma Interhandel und scheiterte überraschenderweise [sic] an einer unredlichen Einrede der USA.

Interhandel Case, Judgment of March 21st, 1959 : ICJ Reports 1959, p. 6 (pp. 24–28)

Das sogenannte Interhandel-Urteil des IGH erging mit zehn gegen fünf Richterstimmen, die abweichenden Voten sind im Anhang der Entscheidung abgedruckt (aaO, pp. 28–30).

Es gibt also keinen vernünftigen Zweifel, dass der «Steuerstreit» zwischen der Schweiz und Deutschland weder durch die Politik noch durch Diplomatie oder einen Vertrag, sondern nur durch ein Urteil des IGH sachlich und sauber beendet werden kann. Ich hoffe, dass die Schweiz diesen Weg beschreiten wird.

Mit freundlichen Grüssen

René Schneider

René Schneider · Fortbildung für Fachanwälte · Breul 16 · 48143 Münster
Telefon (02 51) 3 99 71 61 · Telefax (02 51) 3 99 71 62

noch ein Rechtsstaat? der Internationale Gerichtshof (IGH), soll entscheiden

Offener Brief – dritter Teil

An Frau Nationalrätin Doris Fiala
Stockerhof Dreikönigstrasse 31
8002 Zürich
Schweiz

René Schneider
Seminare Breul 16
48143 Münster

8. August 2012 – Az. 25433

OFFENER BRIEF – dritter Teil –

«In den Wind gesprochen!» (1 Kor 14, 9)

Sehr verehrte Frau Nationalrätin Fiala!

Eine Woche nach Ihrem Nationalfeiertag sind Sie in den wohlverdienten Ferien bei Ihrer Familie, und heute melden die Medien schon wieder den Kauf illegal beschaffter Bankdatenträger durch das Land Nordrhein-Westfalen (NRW).

Die Bundesfeier zum 1. August eröffneten Sie mit einer unterhaltsamen und eindringlichen Ansprache am 31. Juli 2012 in Hittnau und Hinwil. Sie hielten ein Plädoyer für eine stolze, aber dennoch offene Schweiz, die positiv in die Zukunft blickt. «Ich bin bekenkende Patriotin», sagten Sie, und: «Wir dürfen stolz sein auf unser Land, wir sollen Freude haben an der Schweiz – aber immer mit einem weltoffenen Geist.» Weiter betonten Sie, dass die Schweiz keine arroganten Politiker brauche, aber auch keine Angsthasen, man müsse den Mut haben, Stopp zu sagen, wenn Rechtsstaatlichkeit und die Schweiz als Land nicht akzeptiert werden. Passend zur hohen Temperatur, die am Morgen des 1. Augusts im Festzelt in Greifensee herrschte, hielten Sie eine hitzige, aber unterhaltsame Ansprache zum Nationalfeiertag. Der «Sonntags-Blick» vom 5. August 2012 fasste Ihre Meinung wie folgt zusammen:

«Doris Fiala nimmt kein Blatt vor den Mund. Vor drei Wochen hat sie den rhetorischen Zweihänder ausgepackt und den Bundesrat aufgefordert, Deutschland wegen des Kaufs der geklauten Bankdaten vor Gericht zu zerren. Als vierfache 1.-August-Festrednerin am vergangenen Mittwoch schwang sie eine kaum kleinere Verbalkeule, diesmal in Richtung Volk. Ohne Rücksicht auf Verluste, mit strahlendem Lächeln, redete die Stadtzürcher FDP-Nationalrätin ihren Festgemeinden ins Gewissen [...].

So viel Kritik und Gardinenpredigt hört das patriotische Volk selten am 1. August. Warum, Frau Fiala, fahren Sie dem Volk so gnadenlos an den Karren? «Die Zeit des Händchenhaltens ist vorbei. Ich will dazu aufrütteln, der «muffen» Schweiz eine Absage zu erteilen!» [...]

«Wir müssen den deutschen Politikern entschieden härter entgegenzutreten», verlangt sie. «Ich wünsche uns den Mut, nicht immer mit dem billigsten Kompromiss voranzugehen. Wir müssen unsere internationalen Interessen hartnäckig vertreten.»

Und wieder ein wenig schmeichelhafter Vergleich, diesmal an die Adresse der offiziellen Schweiz: Angsthasen regierten das Land, lässt sie durchscheinen. «Wir sitzen im Steuerstreit wie das Kaninchen vor der Schlange, statt uns zu wehren. Etwas mehr Zivilcourage ist angesagt und weniger falsche Bescheidenheit», energiert sich die Nationalrätin. [...]

URL: <http://www.muenster-seminare.de/25433.pdf>

Sind Ihre Worte in den Wind gesprochen?

Schon vor zwei Jahren, nach dem ersten skandalösen Kauf von Bankdaten sagten Sie, das sei eines Rechtsstaates unwürdig. Sie haben damals in der Bundesversammlung

ABSCHRIFT:

Pressemitteilung

DER BUNDESREGIERUNG

Freitag, 10. August 2012

Rechtsstaatlichkeit statt Datenhehlerei

«Steuerpolitik, die auf Datenhehlerei setzt, kann nicht für Steuergerechtigkeit sorgen.» Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium *Steffen Kampeter* nennt die Dinge beim Namen. Die Bundesregierung setzt auf Rechtsstaatlichkeit. Nordrhein-Westfalen, das erneut Daten über mutmassliche Steuerhinterzieher gekauft hatte, handele im Alleinauftrag. [...]

URL: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2012/08/2012-08-10-steuerabkommen-schweiz.html>

Eine Anmerkung von René Schneider:

«Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht!»

Das Geschacher um die gestohlenen Bank-Daten (Liechtenstein 2008, Schweiz 2010 und 2012) entlarvt Täter und Komplizen als tages-politische Opportunisten und notorische Lügner.

2008 waren *Angela Merkel* (CDU) Bundeskanzlerin, *Peer Steinbrück* (SPD) ihr Finanzminister und *Wolfgang Schäuble* (CDU) ihr Innenminister. Herr *Schäuble* verteidigte den Kauf beim Datendieb *Heinrich Kieber* über die Parteigrenzen hinweg als «rechtlich in Ordnung und sachlich erforderlich» (FTD vom 18.02.2008), heute bezeichnet er das gleiche Erwerbsgeschäft der rot-grünen NRW-Regierung als eine Zusammenarbeit mit «Kriminellen»!

2009 wurde *Angela Merkel* erneut ins Amt gewählt, *Wolfgang Schäuble* wurde ihr neuer Finanzminister. In der «Bild-Zeitung» vom 23.07.2012 sagte Herr *Schäuble*, es sei «scheinheilig, wenn ein sozialdemokratischer Finanzminister [...] mit Kriminellen zusammenarbeitet». «Es ist doch eine Schnapsidee, zu erwarten, dass sich der Bund an Zahlungen, die er rechtlich für fragwürdig hält, auch noch beteiligt», sagte der parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, *Steffen Kampeter* (CDU), der FTD vom 10.08.2012, und er fügte hinzu: «Wer auf Datendiebstahl setzt, handelt in einer politischen und rechtlichen Grauzone.»

URL: <http://www.muenster-seminare.de/25437.pdf>

URL: <http://www.Staatsklage.de/>

Mit freundlichen Grüßen!
René Schneider Seminare

einen Vorstoss eingereicht mit dem Ziel einer Schweizer Klage vor dem IGH. Praktisch alle Bürgerlichen, FDP, SVP und Vertreter der Mitteparteien, haben unterschrieben. «Es geht darum, von einer unabhängigen Stelle klären zu lassen, was rechtens und was eines Rechtsstaates unwürdig ist. Wenn Deutschland Datenkäufe jetzt noch toleriert, weiss es nicht mehr, was Rechtsstaatlichkeit bedeutet», sagten Sie der «Basler Zeitung» vom 15. Juli 2012 unter dem Motto: «Die Zeit des Händchenhaltens ist vorbei», und die «SonntagsZeitung» vom 22. Juli 2012 titelte mit Ihrer Feststellung: «Die Schweiz wird respektlos behandelt».

Sie unterscheiden – dankenswerterweise – zwischen «den Deutschen» und «der deutschen Politik».

Bitte erlauben Sie, sehr verehrte Frau Fiala, dass ich wegen der noch zeitlichen Nähe zum Nationalfeiertag der Schweizerischen Eidgenossenschaft zwei Fragen höflichst in den Raum stelle: Warum steht die Schweiz nicht fest zusammen gegen die kriminellen Angriffe auf ihre Souveränität? Gilt der Wahlspruch «Unus pro omnibus, omnes pro uno» in der Schweiz nicht mehr?

In der «Bild-Zeitung» vom 23. Juli 2012 antwortete der deutsche Bundesminister *Wolfgang Schäuble* auf die Frage: «Warum sind Sie als Finanzminister eigentlich so vehement dagegen, dass NRW die Daten deutscher Steuersünder aufkauft?», es sei «scheinheilig, wenn ein sozialdemokratischer Finanzminister [...] flächendeckend mit Kriminellen zusammenarbeitet.»

2008, als *Heinrich Kieber* Datendieb in Liechtenstein und *Peer Steinbrück* Finanzminister in Berlin waren, sprach Herr *Schäuble* noch ganz anders, und verteidigte den Datenkauf über die Parteigrenzen hinweg als «rechtlich in Ordnung und sachlich erforderlich», heute bezeichnet er das gleiche Erwerbsgeschäft als eine Zusammenarbeit mit «Kriminellen»!

Kriminelle gehören vor Gericht und danach hinter Gitter!

Kriminelle Staaten, welche völkerrechtswidrig handeln, gehören vor den Internationalen Gerichtshof (IGH), dort droht ihnen zwar keine Haft, aber die Verurteilung zur Unterlassung der Völkerrechtswidrigkeit und gegebenenfalls die Verurteilung zur finanziellen Wiedergutmachung des angerichteten Schadens.

Das wünsche ich mir als Deutscher, der die Politik der Staatsführer von *Merkel*, *Steinbrück* und *Schäuble* bis hinunter in die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen schärfstens verurteilt; und das wünsche ich meinen Nachbarn in der souveränen Schweiz, denen Sie, sehr verehrte Frau Fiala, den gangbaren Weg zum IGH schon seit mehr als zwei Jahren unermüdlich aufzeigen.

Für diese Ihre rechtstaatlichen Bemühungen, welche uns im Recht nicht trennen, sondern einen, danke ich Ihnen von ganzem Herzen.

Mit freundlichen Grüßen René Schneider

URL: http://seniora.org/index.php?option=com_content&task=view&id=461&Itemid=87 URL: <http://www.horizons-et-debats.ch/index.php?id=2020>

und an meine weiteren Anzeigen gegen deutsche Politiker und Minister in Berlin und Düsseldorf darf ich höflichst erinnern.

URL: <http://www.20min.ch/finance/dossier/bankgeheimnis/story/Merkel-hat-Anzeige-am-Hals-28952797> URL: <http://www.muenster-seminare.de/Sonntag-180710.pdf> URL: <http://www.muenster-seminare.de/24656.pdf>

René Schneider · Fortbildung für Fachanwälte · Breul 16 · 48143 Münster
Telefon (02 51) 3 99 71 61 · Telefax (02 51) 3 99 71 62

LESER  BRIEF

UBS – Mischung von Dummheit und krimineller Energie?

Bei den Führungsgremien der UBS darf man sich nicht mehr wundern, dass hinter vorgehaltener Hand immer hörbarer die Frage gestellt zu werden scheint, ob denn dort Dummheit und kriminelle Energie die massgeblichen Karrierebedingungen seien? Facebook ist mehr Luftblase denn Materie, was man wissen musste, weshalb das grosse Engagement der UBS schlicht grobfahrlässig war. Den Schaden haben einmal mehr Mitarbeiter (Stellenabbau) und Klein-Aktionäre auszubaden. Die UBS soll auch bei der Li-

bor-Mauschelei an vorderster Front gewirkt haben. Schon wieder!

Hat diese Bank es denn tatsächlich verdient, dass sie vom Steuerzahler gerettet wurde und Verwaltungsräte trotz Décharge-Verweigerung vor Verantwortlichkeitsklagen verschont bleiben sollen? Die UBS beschädigt mit konstanter Bosheit den Ruf von Banken- und Wirtschaftsplatz Schweiz.

Diesem Tun muss endlich ein wirksamer Riegel geschoben werden!

Hans-Jacob Heitz, Männedorf

«Psychologische Kriegsführung»

Auch der Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung, *Patrick Odier*, sagte dem *Spiegel*: «Es gibt seit der Unterzeichnung des deutsch-schweizerischen Steuerabkommens im vergangenen September keine nennenswerten Abflüsse von deutschen Vermögen aus der Schweiz.»

Peter V. Kunz, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern, hat generell Zweifel an der Darstellung der Deutschen. «Es geht um psychologische Kriegsführung. Die deutsche Seite baut eine Drohkulisse auf», zitiert ihn die Schweizer Zeitung «Blick». Zur angeblichen Spur nach Singapur sagte *Kunz*: «Das ist eine reine Behauptung. Weshalb legt die deutsche Seite denn keine Beweise vor?» Anleitungen, wie man Geld im Ausland deponieren kann, zirkulierten ihm zufolge vor sechs Jahren in Bankenkreisen. Heute sei das nicht mehr der Fall.

Die Schweizerische Bankiervereinigung hatte den Banken vor rund eineinhalb Jahren empfohlen, Kunden keine Beratung in Steuerfragen zu erteilen. Zudem sollten sie

keine Vermögen an ausländische Zweigstellen transferieren. Die Bankenaufsicht Finma kontrolliert, ob die Weisung eingehalten wird.

[...]

Aus Sicht des Wissenschaftlers *Wolfgang Seibel* machen sich deutsche Behörden strafbar mit dem Ankauf von Steuersünder-CDs. Dies komme Hehlerei und Anstiftung zu Straftaten gleich. «Man kann Unrecht nicht mit Unrecht bekämpfen wollen», sagte der Konstanzer Politologe. «Wir sind keine Bananenrepublik, die mit Straftätern gemeinsame Sache macht – wir haben einen Ruf zu verlieren.»

Quelle: Streit um Vorgehen gegen Steuerhinterzieher: Schweizer tun Steuer-CD-Kauf als Drohkulisse ab.

In: FOCUS Online: http://www.focus.de/finanzen/steuern/steuerfahndung/streit-um-vorgehen-gegen-steuerhinterzieher-schweizer-tun-steuer-cd-kauf-als-drohkulisse-ab_aid_798534.html

«Opas Computer-Geheimnis»

Eine Empfehlung für ein wertvolles Kinderbuch



db. Eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung für unsere Kinder, das ist wohl ein Thema, das allen Eltern unter den Nägeln brennt. Geht es doch darum, das Kind in spielerischer Vorwegnahme auf die Realität des Erwachsenenlebens vorzubereiten, und zwar auf ein Erwachsenenleben, in dem es einmal einen sinnvollen Beitrag zum Erhalt des Gemeinwohls leisten kann, in dem es einmal einstehen wird für Frieden in Gleichwertigkeit und Freiheit.

Spazieren wir durch die Einkaufsstrassen unserer Städte, finden wir in den Schaufensterauslagen der Spielwarenläden Kriegsmaterial in Form der modernsten Kriegstechnologie und martialische Computerspiele in Hülle und Fülle. Geht man in der Fachliteratur der Frage nach, wie sich denn solches Kriegsspielzeug auf das Gemüt unserer Kinder auswirkt, kommt man zu höchst beunruhigenden Resultaten. Es ist da zu lesen, dass diese Computerspiele nach dem Korea-Krieg entwickelt worden waren, weil die amerikanischen Soldaten «eine zu starke Hemmung vor dem Töten» hatten. Mit der Entwicklung solcher Computerspiele sollte den Soldaten die jedem Menschen innewohnende natürliche Tötungshemmung abtrainiert werden. Und genau diese Spiele sind einige Jahre später auf dem Spielzeugmarkt erschienen. Diese Spiele zur Kriegsvorbereitung zeigten bereits grausige Auswirkungen. Die aufgeschreckte Öffentlichkeit musste bestürzt davon Kenntnis nehmen, dass Amokläufer, die als ruhige und unauffällige Schüler galten, grauenhafte Massaker an ihren Mitschülern und Lehrern verübten. Täterbefragungen ergaben, dass diese in täglichen stundenlangen Übungen mit ihren Computerspielen ihre Tötungshemmung abgebaut und das Morden trainiert hatten. Noch sind diese Erkenntnisse nicht weit verbreitet. Die Untersuchungsergebnisse liegen zwar vor, jedoch eine mächtige Kriegsindustrie ist rührig darum bemüht, dieses Wissen unter Verschluss zu halten. Um so mehr Grund für alle Eltern, sich vertieft mit diesen Untersuchungen vertraut zu machen und entsprechende Konsequenzen daraus zu ziehen.

Bewegen wir uns weiter auf unserem Einkaufsbummel, immer noch auf der Suche nach sinnvoller Freizeitbeschäftigung für unsere Kinder, entdecken wir Barbie-Puppen,

die den Mädchen Vorbild sein sollen, ihnen den Weg leiten sollen, wie man als Frau mittels aufreizender teurer Kleidung ganz gemäss dem Motto von *Christine Lagarde* «sich im Bett die Karriereleiter hocharbeiten» kann. Gehen wir dann zur Bücherabteilung, so ist eine ganz eigenartige Anhäufung von Büchern zu finden, die sich nur mit Phantasiewelten beschäftigen, mit Hexen, Zaubern und Vampiren, welche mal als Helden, mal als Bösewichte oder gar als Mischung von beidem den Kindern den Geist verwirren, sie von der Realität wegführen und ihnen ein ganz und gar unrealistisches Bild vom Leben und den Menschen vermitteln. Die Irreführung unserer Kinder ist Programm. Warum sonst wurden sogar an der Eröffnung der Olympischen Sommerspiele in London Hexenmeister wie *Harry Potter*, Monster und verführerische Zauberinnen wie *Mary Poppins* – eine charmante Kinderfrau, welche die ihr anvertrauten Kinder in Zauberwelten entführt und ihnen so ihr unerträgliches Dasein mit ihren geldgierigen, rigiden und abgehobenen Eltern versüsst, die schliesslich sogar die Eltern verzaubert, sie wegführt von ihrem Lebensplan in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang und sie hinausführt in die Irrealität, in ein zuckersüßes Leben, in zuckersüßer Übereinstimmung mit ihren zuckersüßen Kindern – pompös zelebriert?

Was also sollen wir unseren Kindern zu lesen geben? Womit sollen sie sich in ihrer Freizeit beschäftigen? Sicher nicht mit ir-

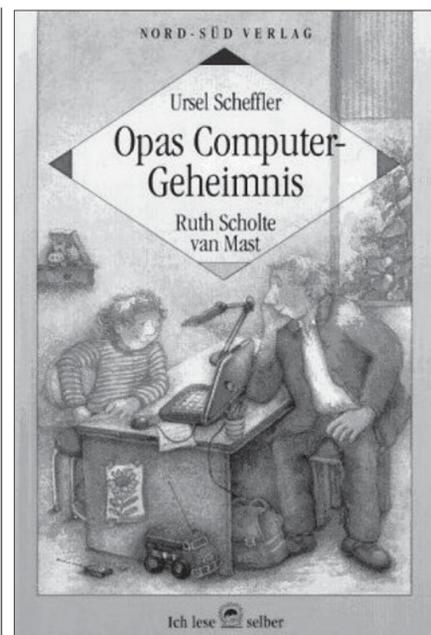
«Uli kennt sich aus mit Computern. Als er in den Ferien seinen Opa besucht, stellt er fest, dass Opa keine Ahnung von Computern hat. Dabei könnte er eigentlich ganz gut einen gebrauchen, wo er vergesslich ist ... Doch wie erstaunt ist Uli, als sein Grossvater ihm erklärt, er habe da irgendwo einen kleinen Computer rumliegen. Will sein Opa ihn auf den Arm nehmen, oder was verbirgt sich hinter Opas Computer-Geheimnis? Und was haben Sonnenblumenkerne eigentlich mit Computern zu tun?»

(Klappentext des Buches)

realen und absurden Phantasiegeschichten, sicher nicht mit unsinnigen Identifikationsfiguren, die skrupellos die Erwachsenen umgehen, stehlen, töten, ärgern, wo sie nur können, und all den Verherrlichungen dieser Untaten.

Mir kam ein Büchlein in den Sinn, das ich vor vielen Jahren mit meinen Erstklässlern am Ende des ersten Schuljahres gelesen hatte. In diesem Büchlein erzählt *Ursel Scheffler* die Geschichte von *Uli*, dem Zweitklässler, der in den Herbstferien seinen Grossvater besuchen geht, weil seine Eltern zu einer Computermesse fahren wollen. Uli Kopf ist voll von Computer-Gedanken, und als er bei seinem Grossvater eintrifft, meint er schnell, feststellen zu müssen, dass dieser nicht auf dem aktuellsten Stand der technologischen Entwicklung sei. Uli fühlt sich klüger und besser als sein lebenserfahrenere, bodenständiger Grossvater. Und nun zeigt *Ursel Scheffler* auf, wie *Uli* Grossvater sorgfältig, mit grösstem pädagogischem Geschick, von dem sich mancher noch eine Scheibe abschneiden könnte, zunächst die Achtung seines Enkels zurückgewinnt, weil er offenbar doch auch etwas von der modernsten Technologie versteht, und dann Schritt für Schritt seine Gedanken weg vom Computer hin zur Natur lenkt, um schliesslich ein echtes Interesse an der Natur zu wecken.

Der Grossvater erzählt *Uli* von einem Computer, der irgendwo in seinem Gartenhaus liegt und von einem gebaut wurde, der viel grösser ist als er. «*Uli* sieht zu seinem Grossvater auf. Der ist einen Meter sechsundachtzig gross. Mit Mütze einsneunzig. Einer, der noch grösser ist? Donnerwetter!» Gespannt kann *Uli* kaum warten, bis *Opa* ihm diesen Computer zeigt, und *Uli* verliert erstmals seine kindliche Überheblichkeit, er will diesen eigenartigen Computer unbedingt kennenlernen. Doch die pädagogische Arbeit ist noch nicht vollendet. Als der Grossvater den Schlüssel zum Gartenhaus – in dem der Computer stehen soll – unter einem Blumentopf sucht, findet *Uli* seinen Grossvater doch ganz schön leichtsinnig, jetzt, wo doch ein Computer darin stehen soll. Doch als der Grossvater die Läden öffnet, das Sonnenlicht ins Gartenhaus hineinlässt und seinem Enkel erklärt, sein Computer funktioniere mit Sonnenenergie, ist *Uli* doch sehr beeindruckt. «*Opa* ist wirklich auf dem letzten Stand der Technik.»



Ursel Scheffler (mit Bildern von Ruth Scholte van Mast). «Opas Computer-Geheimnis», ISBN 3-314-00807-4

Die Autorin beschreibt das Auf und Ab der Gefühle des Enkels, bis er endlich erfährt, dass *Opas Computer-Geheimnis* in einem Sonnenblumenkern begründet liegt. «*Du wirst staunen, wie viele Informationen in dem kleinen Kern gespeichert sind*», vermittelt er seinem Enkel, und nun beginnt ein fachmännisches Gespräch zwischen *Opa* und *Enkel*, in dem der Grossvater dem technologischen Wortschatz seines Enkels Rechnung trägt. Und da erkennt *Uli*, dass *Opas Computer* unendlich viel wertvoller ist als der ausgeklügeltste Computer der Welt. Welcher Computer ist schon in der Lage, sich selbst zu vervielfältigen, und «die anderen Computer stehen nach ein paar Jahren nutzlos herum und schmecken nicht einmal mehr den Spatzen!» Jetzt ist *Uli* still und denkt nach. Zum Schluss bückt er sich, hebt eine leere Nusschale auf, füllt sie mit Erde und steckt einen Sonnenblumenkern hinein. «Jetzt weiss ich, was ich Mama und Papa von der Reise mitbringen kann.»

Dieses wertvolle Kinderbuch ist liebevoll bebildert. Der Künstlerin ist es gelungen, die Entwicklung des oben beschriebenen Prozesses in den Gesichtern des Grossvaters und seines Enkels auszudrücken. Leider ist das Büchlein vergriffen. Vielleicht findet sich ein Verlag, der es sich zur Aufgabe macht, diese Kostbarkeit wieder unseren Kindern zugänglich zu machen.

Uli ist still. Er denkt nach.
„Jst das bei allen Pflanzen so?“
„So ähnlich“, sagt Opa. „Tulpen haben einen Zwiebelcomputer, und Astern wachsen aus winzigen Samen. Kirschen, Pfirsiche und Nüsse haben Kerncomputer...“
Uli zeigt auf den Apfelbaum und sagt: „Das heißt doch, dass in jedem winzigen Apfelkern das Programm für einen großen Apfelbaum steckt? Mit Blüten, Früchten und allem Drum und Dran?“
„Genau!“
„Mann! Das ist echt genial!“
Uli ist begeistert.
Er hat jetzt verstanden, was Opa meint.



Zeit-Fragen

Wochenzeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach

CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 198.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: Volksbank Tübingen, Konto-Nr. 67 517 005,

BLZ 641 901 10

A: Raiffeisen Landesbank, Konto-Nr. 1-05 713

599, BLZ 37 000

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2012 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.